

CHRISTIN
CHRIST UND
CuS
SOZIALISTIN
SOZIALIST

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

Einzelverkauf
5,- DM

Neue Folge
19. Jahrgang

April
1995

1/95

Nicaragua:

Udo Fleige:

Der Tunnel am Ende des Lichtes

Ernesto Cardenal:

Warum ich es nicht eher sagte

Olivia Alvarez Alvarado:

Der Kampf der Klassen in der FSLN

Christa Peter:

Zufluchtsort Kirche -

Bergbaufrauen kämpfen um ihre Arbeitsplätze

Wulf Schade:

Einheitlich konservativ-reaktionär?

Anmerkungen zum polnischen Katholizismus

Impressum

CuS – Christin und Sozialistin/Christ und Sozialist wird herausgegeben vom Vorstand des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD) e.V.:

Ulrich Peter, Berlin

Reinhard Gaede, Herford

Udo Fleige, Tübingen

Rudolf Laeger, Frankfurt.

Erscheinungsweise vierteljährlich

Bezugspreis Jährlich DM 20,-

(Ausland DM 25,-) incl. Porto

Zahlungen zu Beginn des Jahres bitte

an den Bund der religiösen

Sozialistinnen und Sozialisten (BRSD),

Postgiroamt Dortmund

189 389-464 (BLZ 440 100 46).

Quittungen werden auf Wunsch

zugesandt. Förderabo DM 30,- oder

mehr. Beiträge über DM 20,- sind als

Spende steuerlich absetzbar.

CuS – Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist kooperiert
mit »Neue Wege«, Zürich.

Redaktion: Reinhard Gaede
(Schriftleitung), Laarer Str. 297,
32051 Herford

Lothar Bücken, Wetter

Erhard Griese, Düsseldorf

Rolf Köhler, Bad Schönborn

Wolfgang Lünenbürger, Hamburg

Christa Peter, Berlin

Ulrich Peter, Berlin

Abonnements und Retours:

BRSD, Postfach 2521,

72015 Tübingen,

Kündigungen werden zum

Jahresende wirksam

Layout: Andreas Hesse, Berlin

Repro: Umbruch, Berlin

Druck: Hephata-Werkstätten,

Mönchengladbach

Hergestellt auf Umweltschutzpapier

Inhaltsverzeichnis:

| | |
|--|----|
| Manfred Haustein: Neunziger Reflexionen, ostdeutsch | 4 |
| Christa Peter: Zufluchtsort Kirche – Bergbaufrauen kämpfen um ihre Arbeitsplätze | 5 |
| Ulrich Peter: „Wann geht im Revier das Licht aus?“ Die Krise des Steinkohlenbergbaus und die Krise einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsarbeit am Beispiel der IGBE | 8 |
| Udo Fleige: Nicaragua: Der Tunnel am Ende des Lichtes – Die Spaltung der FSLN | 15 |
| Ernesto Cardenal: Warum ich es nicht eher sagte | 23 |
| Olivia Alvarez Alvarado: Der Kampf der Klassen in der FSLN | 24 |
| Wulf Schade: Einheitlich konservativ-reaktionär? Anmerkungen zum polnischen Katholizismus | 27 |
| CuS-Ideenwettbewerb: „lean church“ – Der neue Trend. | 40 |
| Aus befreundeten Vereinigungen | 43 |
| Aus dem Brief einer Berliner Studentin an den Bund | 44 |
| Bücher, die uns interessieren: | |
| Ulrich Peter: Rezension von Karlheinz Lipp: „Religiöser Sozialismus und Pazifismus“ | 45 |
| und Ruedi Brassel/Martin Leuenberger: „Willi Kobe – Pazifist, Sozialist und Pfarrer.“ | 46 |
| Erhard Griese: Rezension von „Der Wahre Jacob“ | 47 |

Editorial:

Mit diesem Heft beginnt der 19. Jahrgang der neuen Folge von CuS. Wir haben uns an der Jahreswende große Sorgen über die Auswirkungen des knapper werdenden Geldes auf die Auflagen- und Abo-Entwicklung von CuS gemacht. Reallohnneinbußen, Steuererhöhungen, Solidaritätszuschlag etc. ließen nichts Gutes erhoffen. Wir sind froh darüber, daß nur wenige AbonnentInnen ihr Abo gekündigt haben. Dies ermutigt uns sehr. In den letzten 3-4 Jahren haben wir fast alle Institutionen-Abos verloren. Universitäten, Gewerkschaften und Landeskirchen benötigten offensichtlich im Rahmen der Sparmaßnahmen auch die 20,-DM für ein Jahresabo. Dies haben wir mühselig durch die Werbung von Einzelabos kompensieren können. Auch im Moment ersetzen die Neu-Abos nur die Abbestellungen. Wir haben derzeit keine Verhältnisse, die eine deutliche Steigerung der verkauften Auflage erwarten lassen. Im Gegensatz zu anderen Zeitschriften, die deswegen aufgeben mußten, sind wir noch einigermaßen abgesichert. Aber auch CuS hat Probleme. Unsere Leserinnen und Leser wissen, daß ein Abo-Preis von 20,-DM nicht kostendeckend ist. Dafür müßten ca. 30,-DM berechnet werden. Ein großer Teil der AbonnentInnen hat bereits freiwillig ihre Zahlung erhöht, wofür wir danken. Ständig erreichen uns Anfragen von Fachschaftsbibliotheken und bedürftigen Einzelpersonen, ob sie CuS nicht kostenlos erhalten können. Dies können wir aus Finanzgründen derzeit nur in Ausnahmefällen, da unser Etat durch Werbung, Versand von Probeheften etc. stark belastet ist.

Bei der vorherigen Nummer von CuS und auch bei diesem Heft ist uns die Überalterung unserer Redaktionstechnik schmerzhaft aufgefallen. Wenn wir längere Artikel nochmal tippen müssen, nur weil uns für diese Diskette die entsprechende Technik fehlt, ist dies nicht nur ärgerlich, sondern bedeutet für unsere Redaktionsmitglieder, die alle Arbeit für CuS nach ihrer Brotarbeit unentgeltlich erledigen müssen, eine unnötige Belastung. Ähnliches gilt für die Buchführung der AbonnentInnen etc. Unser Programm ist auf dem Stand von 1987 und somit reif fürs Industriemuseum.

Wir bitten unsere LeserInnen um ihre Unterstützung. Wir benötigen ca. 10.000 DM für die Anschaffung der entsprechenden Technik. Die Hälfte davon muß über (steuerabzugsfähige) Spenden aufgebracht werden. Deswegen unser Appell: Dem Zeitgeist die rote Karte – 5000,-DM für CuS!

Das nächste Heft wird pünktlich zum ev. Kirchentag in Hamburg erscheinen und sich schwerpunktmäßig mit den Kirchentagsthemen befassen. Als Heft 3 wird im Herbst eine Spezialnummer zum Stand und zur aktuellen Diskussion um den Religionsunterricht erscheinen. Wir laden hierzu zur Mitarbeit ein. InteressentInnen wenden sich bitte an die Redaktion.

Liebe Grüße
Eure Redaktion

Neunziger Reflexionen, ostdeutsch

Nachdem sie abgedankt
wurden
ohne Dank,-
ist jetzt etwa
Gottzeit?

Hat der Himmel
so viele Bankhüser?

In diesem Vaterhaus
sind die Wohnungen teuer.
Makler stehen davor.
Auf die Straße
setzt man
den Mittellosen.
Manche liegen auch.

Millionen sind
ihres Menschenrechts Arbeit
beraubt.
Keiner geht
diesem Diebstahl nach.

Arbeit,
gutes Wurzelwort,
das Halt gibt
und Sinn.

Ausgewechselt
heißt es nun Job.
Flitzerwort, unstet,
wie der Ball
eines Ping-Pong-Spiels.

Laut
ist der Schall
des großen Scherbengerichts,
schroff, schrill
der Ritus der Anklage.
Krüppelsozialismus!
Unzählige Finger
zeigen

auf seinen höckerichten
Schatten.
„Seht!“ „Nur das nicht!“
„Nie wieder!“

Wahrlich,
er hat
die Propheten- und
Klassikerskizzen
der gerechten Welt
mit Schande bedeckt.

Eine der Lehren:
Das Werk mißrät,
wo man die Kritiker
knebelt;
der besoldete Chor
der Jasager
Huldigung dröhnt.

Aber noch
im Zerrbild
sind Züge
des wahren Gesichts.
So gibt es auch
Umwenden,
Vermissen und Trauer.

Sonde des kritischen Urteils,
reifliche Prüfung,
reinlich, geläutert
vom Trübsinn des Hasses,
not sind sie,
rechtsens.

Aber
der Fingerzeiger selbst-
herrliche Pose,
Ablenker vom eigenen Schat-
ten,
ihr feiles Spruchgut
verschmäh ich.

Falschbeter:
„danke dir, Gott,
daß ich nicht bin
wie diese Gescheiterten.“

Zieh
unter den Trümmern
die Jahrtausendskizze
geschwisterlicher
Menschheit,
rissig, fleckig, beschmutzt,
aber lesbar,
sorgsam hervor.

Sie sagen Makulatur,
nährisch Gespinst,
Traumgut.

Aber kann denn
solcher Herkunft Kunde –
in ihr
prophetischer Kehllaut,
gotthaftes Schauen,
Gedankenfrucht der
Generationen -
leer, nichtssagend sein?

Skizze
des gütigen Rechts,
einer des andern
Hüter und Helfer;
hinschwindet des Geldes
abgöttische, knechtende
Macht,
versunkend betracht ich.

Bild, Vision
im Morgenlicht Hoffnung,
vorausgeworfen
dem Elend, dem Leid.
Übermaß Auftrag.

Zufluchtsort Kirche Bergbaufrauen kämpfen um ihre Arbeitsplätze

Mitte Februar erschienen in der Lokalpresse im Raum Niederrhein sowie in einigen überregionalen Zeitungen Meldungen über 25 Bergarbeiterfrauen, die in der ev. Christuskirche in Kamp-Lintfort „Zuflucht“ gesucht hatten. Ihr Ziel war es, gegen die Bonner Kohlepolitik zu protestieren und einer breiten Öffentlichkeit klarzumachen, was der geplante Stopp der Kohlesubventionierung für Nordrhein-Westfalen bedeutet. Wir waren gerade im benachbarten Moers auf Familienbesuch und nutzten die Gelegenheit zu einem Besuch der Christuskirche.

Vor der Kirche brennt ein Mahnfeuer, ein großes Transparent mit der Forderung „Rettet die Zukunft unserer Familien“ ist über das Portal gespannt, rechts von der weiß-lila Kirchenfahne und links von einer IGBE-Fahne umrahmt. Fahnen und Transparente schmücken auch den Innenraum, während unseres Gesprächs werden neue Transparente gebracht, für die nur mit Mühe noch ein Platz gefunden werden kann. Die Aufschriften bezeugen, daß hier eine ganze Region um ihre Zukunft fürchtet und der Protest der Frauen auf große Zustimmung stößt. Von verschiedenen Ge-

werbetreibenden (z.B. den örtlichen Fahr-
schulen) über mehrere Kindergärten, die
IGBE-Jugend bis hin zu den Meßdienerin-
nen und Meßdienern einer benachbarten

katholischen Gemeinde reichen die Grußadres-
sen und unterstützenden
Forderungen. Der Altar
ist mit Kerzen und Blu-
men geschmückt und
mit dem Bibelwort „Selig
sind die, die Gottes Wort
hören und bewahren“.
Direkt vor dem Altar
steht eine lange Kaffeetafel, Gäste werden
freundlich eingeladen,
sich zu setzen, Kaffee
gibt's für alle. Conny, die
Vorsitzende des Bezirks-
frauenausschusses der
IGBE, der diese Aktion
trägt, gibt uns Auskunft
auf unsere Fragen.



CuS: Ist dies eine Kirchenbesetzung?

Conny: Wir haben die Kirche nicht besetzt. Wir haben hier Zuflucht gesucht und sind mit offenen Armen aufgenommen worden. Die Kirchen haben hier schon immer solidarisch zum Bergbau gestanden, sie sind bei uns kein Fremdkörper. Pfarrer Münzenberg hat uns von Anfang an unterstützt, das Presbyterium ebenfalls. Eigentlich ist das ja auch ganz einleuchtend: Kirchen und Gewerkschaften haben ähnliche Probleme: beide leiden unter sinkenden Mitgliederzahlen.

CuS: Eure Aktion stößt ja auf großes Interesse.

Conny: Ja, das stimmt wirklich. Wir erleben eine ungeheure Solidarität von der Bevölkerung, was auch klar ist, wenn man weiß, daß 60% der Arbeitsplätze in diesem Gebiet vom Bergbau abhängen. In Kamp-Lintfort arbeiten 4500 Beschäftigte im Bergbau. Im Bereich der Bergbau AG Niederrhein wären sieben Zechen und zwei Kokereien von der Streichung der Koks-kohlenbeihilfe betroffen und müßten schließen. Es gibt hier nur den Bergbau. Darum kommen die Leute zu uns, bringen Blumen mit, Lebensmittel, Geldspenden. Stellen ein Pfund Kaffee auf den Tisch, und so kommen wir ins Gespräch.

CuS: Ihr wendet euch bewußt an Frauen.

Conny: Sicher, denn den Frauen geht die Mark durch die Hand. Aber die Männer stehen genauso hinter uns. Wir Frauen, die diese Aktion tragen, sind alle selbst im Bergbau beschäftigt. Wir haben einen Organisationsplan aufgestellt, damit hier kein Chaos entsteht und unsere Familien nicht unversorgt sind. Wir machen Schichtdienst rund um die Uhr, immer sechs Stunden lang, und das klappt. Die Stimmung hier ist gut (das können wir bestätigen!). Immerhin haben wir schon 10 Tage lang durchgehalten und wir hoffen, daß wir zum Marsch auf Bonn, den die Gewerkschaft für Mitte April plant, hier fertig sind und unser Ziel erreicht haben.

CuS: Es waren ja auch schon viele Politiker da.

Conny: Mitte Mai sind in Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen, da müssen die Politiker sich schon um uns kümmern. Heute morgen war der Chef der SPD-Fraktion, Herr Farthmann, hier, danach kam die Wohnungsbauministerin, Frau Brusis, und jetzt warten wir auf Dr. Linssen, den CDU-Oppositionsführer. Darüberhinaus kommen hier viele Briefe an, gestern z.B. von der CDU-Landtagskandidatin, Frau Fasse. Wir

wollen den Politikern hier aber keine Wahlkampfplattform bieten, wir wollen mit ihnen diskutieren.

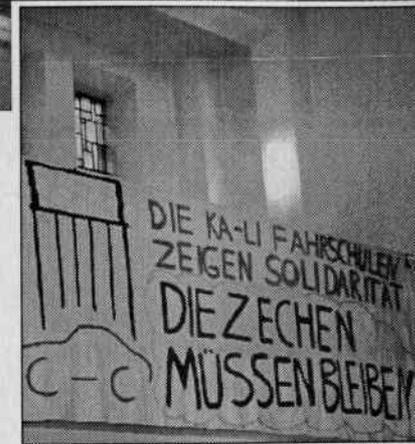
CuS: Wie sieht es mit der Solidarität aus anderen Gewerkschaftsbezirken aus? Als im Herbst 1993 z.B. in Bergkamen im östlichen Ruhrgebiet die Bergleute mit so spektakulären Aktionen, wie Straßen- und Autobahnsperren und mit einer Zechenbesetzung um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze gekämpft haben, wurde über die mangelnde Solidarität aus Eurer Region geklagt.

Conny: Bei den Frauen ist das vielleicht anders. Wir werden jedenfalls unterstützt, z.B. von den Frauen aus dem Bezirk Ruhr-Mitte.

CuS: Gestern konnte man in der Presse von einem gutbesuchten ökumenischen Gottesdienst lesen.

Conny: Bei diesem Gottesdienst, den Superintendent Schneider aus Moers gehalten hat, waren über 1000 Menschen. Wir haben übrigens vor der Kirche Gottesdienst gehalten. Morgen abend findet ein politisches Nachtgebet statt. Wie gesagt, die Verbindung zwischen Kirche und Bergbau hat hier Tradition, es haben auch schon gemeinsame Gottesdienste unter Tage stattgefunden. Die Zeche „Friedrich Heinrich“ ist ja auch nur ein paar hundert Meter von hier entfernt.

Mittlerweile ist Dr. Linssen angekommen, eskortiert von fast der gesamten CDU-Prominenz aus Kamp-Lintfort. Conny setzt sich zu der Diskussionsrunde, die an der Kaffeetafel Platz nimmt. Die hier versammelten Frauen tragen alle T-Shirts mit der Aufschrift „Zufluchtstätte Christuskirche – Wir kämpfen für die heimische Steinkohle“. Bevor der CDU-Mann mit seinen Ausführungen beginnen kann („Für uns gelten die geschlossenen Verträge, vor allem das vor zehn Monaten verabschiedete



Artikelgesetz“), kommt noch eine Schülergruppe des örtlichen Gymnasiums und trägt eine Grußbotschaft vor: Ein weiteres Lob für die Frauen.

In der Diskussion mit Dr. Linssen melden sich dann vor allem Männer aus dem Publikum zu Wort und ziehen das Gespräch an sich. Die Diskussionsleiterin stellt klar: „Dr. Linssen ist zu den Frauen gekommen. Also sind jetzt auch erstmal die Frauen dran.“ Und von denen kommen unangenehme Fragen, z.B. „Warum wird eigentlich immer nur von den Kohlesubventionen gesprochen, und nicht von den Subventionen für die Rüstungsindustrie und die DASA?“ Im allgemeinen wird Linssen jedoch Sympathie entgegengebracht, er gilt als Befürworter des Steinkohlenberbaus. Der zuständige IGBE-Funktionär fin-

det für ihn dann auch lobende Worte und hat längst ausgemacht, wo der wahre Gegner sitzt: bei den Grünen, die wollen den Bergbau kaputtmachen und machen sich über Alternativen keine Gedanken.

Zum angekündigten politischen Nachtgebet kommen wir wieder. Die große Kirche ist fast voll. Die Predigt hält Industriepfarrer Widera, der auch zu Beginn die Tradition des politischen Nachtgebets erklärt. Es sind Gäste da, die den Gottesdienst mitgestalten: sechs Frauen von der Fraueninitiative Krupp-Stahl aus Duisburg-Rheinhausen, die von ihrem Kampf um die Arbeitsplätze 1988/89 berichten. Ihre Berichte sind von persönlichen Erfahrungen geprägt, die meisten Frauen waren vorher, wie sie sagen, nicht an Politik interessiert. Sie begreifen ihren langen Arbeitskampf rückblickend als wichtigen Lernprozeß, der weitergeht. Wir haben vieles nicht erreicht, ist ihre Botschaft, aber umsonst war unser Kampf deshalb nicht.

Vor dem Altar ist an diesem Abend ein großer Webrahmen aufgestellt und alle BesucherInnen verknüpfen bunte Bänder miteinander, so daß ein Teppich begonnen wird, an dessen Fertigstellung von nun an alle, die die Frauen besuchen, mitwirken sollen. Die Menschen, die zum politischen

Nachtgebet gekommen sind, sind offenbar in ihrer Mehrzahl keine zufälligen GottesdienstbesucherInnen, das zeigt sich schon am wohlklingenden Gesang. „Sonne der Gerechtigkeit, gehe auf zu unsrer Zeit, brich in deiner Kirche an, daß die Welt es sehen kann“ – das Lied muß nicht eingeübt werden. Bei den beiden großen Gottesdiensten soll es nicht bleiben, Handzettel werben bereits: „Biker für den Bergbau – auf zur Andacht in der Christuskirche am 4. März“.

Mittlerweile ist die Aktion in der Christuskirche beendet. Bleibt zu hoffen, daß sie Spuren hinterläßt und anderen Mut macht. Wenn die Türen weit geöffnet sind, braucht die Kirche nicht besetzt zu werden. Sie muß nicht ängstlich ihre Räumlichkeiten verteidigen, sondern kann ihrem eigentlichen Auftrag gerecht werden. Das hoffnungsvolle Bild einer solchen offenen, lebendigen, zum Gottesdienst einladenden Kirche nehmen wir aus Kamp-Lintfort mit.



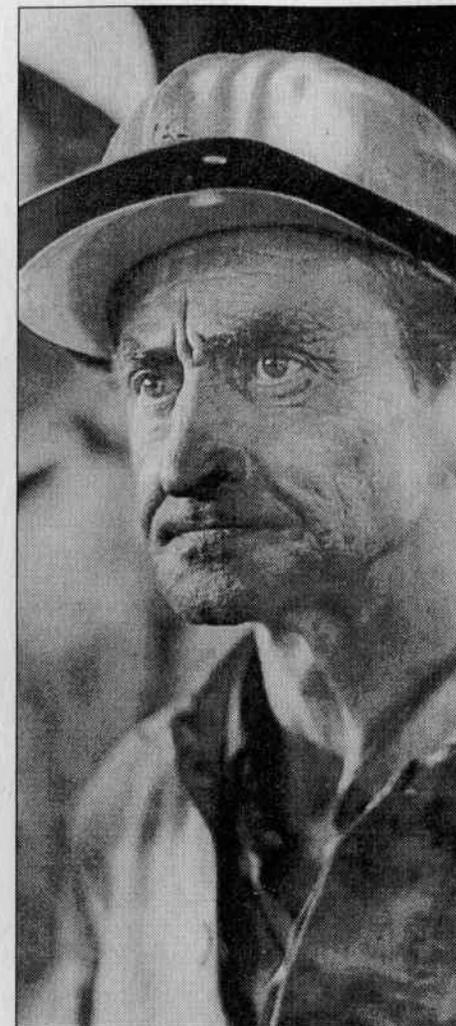
Ulrich Peter

„Wann geht im Revier das Licht aus?“

Die Krise des Steinkohlenbergbaus und die Krise einer sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsarbeit am Beispiel der IGBE

*„Glück auf Kameraden, durch Nacht zum Licht!
Uns sollen die Feinde nicht kümmern,
Wir hatten so manche verzweifelte Schicht
Und sahen die Sonne doch schimmern.
Nur einig, einig müssen wir sein,
So fest und geschlossen wie Erz und Gestein“.*

Diese erste Strophe des 1895 von dem Bochumer Bergarbeiter Heinrich Kämpchen gedichteten Liedes der Internationalen Bergarbeiterbewegung fiel mir ein, als ich in Kamp-Lintfort vor der Kirche stand und dort die Mahnfeuer mit Ruhrkohlenkoks und daneben die Fahnen der IG Bergbau und Energie (IGBE) sah. Im Eingang drückte mir ein Jugendlicher, offensichtlich von der IGBE-Jugendgruppe, einen Autoaufkleber in die Hand, oval und in orange. „1995 – Ich bin für unsere heimische Steinkohle – IGBE“. Weiß dieser Jugendliche, daß die Ruhrkohle-AG (RAG) der größte deutsche Importeur von ausländischer Kohle ist und daß dies in der montanmitbestimmten RAG ohne die IGBE nicht möglich wäre? Sind die polnischen, südafrikanischen und australischen Bergarbeiter das Problem, und sind die Aktionäre der RAG und die Zechenbesitzer diejenigen, mit denen ich mich solidarisieren soll? Meine beiden Bergarbeiter-Großväter und mein Kokereischlosser-Vater wußten noch zwischen denen „da oben“ und denen „da unten“ zu unterscheiden. Für sie gab es Menschen, die Zechen stilllegten und viel mehr Menschen, die stillgelegt wurden. Ich bin in einer Stadt mit drei Großzechen aufgewachsen, die heute die größte Bergbaustadt Europas ist. In einer dieser Zechen gab es 1946 eine Schlagwetterexplosion mit mehr als 300 Toten. Nicht nur deswegen war der Tod bei den Gesprächen bei unseren Familientreffen Thema. Bergleute werden selten alt, Steinstaub war und ist häufige Todesursache. In den sechziger Jahren kam ein anderer Tod hinzu, der Tod der Zechen und Kokereien und mit ihnen das, was Historiker heute als Umstrukturierung des Reviers beschreiben. Zehntausende ehemaliger Bergleute fanden Arbeit bei Opel in Bochum und im Dienstleistungsbereich. Zeche für Zeche wurde geschlossen. In der IGBE wurde damit unterschiedlich umgegangen. Die Mehrheit, und das bedeutete in diesem Fall eine sehr



rechte Mehrheit, federte die „Kohlenkrise“ sozialpartnerschaftlich ab und kämpfte um Subventionen des Staates. Dies gelang zum großen Teil, da der Einfluß der IGBE in der Ruhrgebiets-SPD sehr groß war, und die SPD ihre Wahlsiege und die Hegemonie im Revier auch den Bergarbeitern und ihren Angehörigen verdankte.

Wenn heute über Arbeitszeitverkürzungen geredet wird, denken alle, daß dies mit

der 35-Stunden-Woche der IG-Metall begann. Eine andere Gewerkschaft hatte weit vorher Revolutionäres beschlossen – die 4-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich bei 8 Stunden täglich. Keine Erinnerung? Dies hatte die IGBE 1972 auf ihrem Kongreß in Hannover aufgrund eines Initiativantrags der Kollegen Heinz Dyduch und Ernst Krause vom Betriebsrat der Kamener Schachanlage Monopol mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Heute, zwanzig Jahre später, liegen in der Christus-Kirche in Kamp-Lintfort Handzettel mit dieser Forderung, die auf unseren Juso- und Gewerkschaftsjugend-Transparenten zum 1. Mai 1973 waren, aus. Es ist zum Heulen, damals, als es möglich gewesen wäre, diese Forderungen zu realisieren, haben die Gewerkschaftsspitzen es vorgezogen, lieber ihre Kritiker anzugehen, als die eigenen Beschlüsse umzusetzen. „Ich bin für die heimische Steinkohle“. Wie hieß das früher? „Ich bin für Kohle und Kernenergie – IGBE!“ Statt für die Arbeitszeitverkürzung zu mobilisieren, wurde zusammen mit der Kernindustrie gegen die Anti-AKW-Bewegung gekämpft bis hin zu der unseligen Kundgebung der 50.000 Energie- und Bergarbeiter am 10.11.1977 im Dortmunder Westfalenstadion. Sie waren dort mit vollem Lohnausgleich, mit Wissen und Billigung ihrer Unternehmer und mit von diesen bezahlten Bussen, einzelne Betriebe spendierten sogar Essen und Getränke. Ging es um Arbeitszeitverkürzung? Es ging „offiziell“ um die Sicherung der Arbeitsplätze, die von den „technikfeindlichen Grünen“ gefährdet waren. Nur die Kernenergie, wurde verlautbart, konnte durch ihre Prozeßwärme die Kohlevergasung ermöglichen und so den Ruhrbergbau retten. In dieser Logik war es nur konsequent, daß die AKW-Bewegung und später die Grünen zum Hauptfeind der IGBE avancierten und in der Agitation im IGBE-Organ „Einheit“ sogar den Kommunismus als Gefahr Nr. 1

ablösten. Damals bereits geäußerte Argumente, daß der Thoriumhochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm-Uentrop gar nicht die nötige Prozeßwärme produzieren könne, und daß für den schnellen Brüter in Kalkar am Niederrhein das Geld ausgegeben werde, das der Bergbau brauche, zogen nicht. Wer sich heute in der SPD wundert, warum die Grünen so stark geworden sind, sollte mal im Archiv der IGBE stöbern. Ich kann mich noch gut erinnern, daß 1978 in einer SPD-Unterbezirksvorstandssitzung ein Mitglied des Hauptvorstandes der IGBE das von den wenigen dort vertretenen Linken problematisierte Thema Kernenergie mit folgender Einlassung mir gegenüber beendete: „Wer gegen die Kernenergie ist,



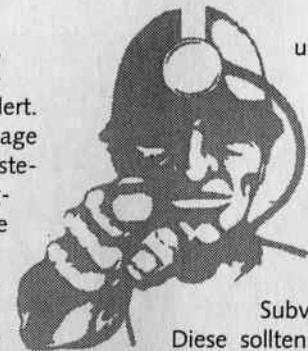
ist ein Feind der Bergleute!“. In der katholischen Kirche heißt es: „Rom hat gesprochen, der Fall ist entschieden“. In der Ruhrgebiets-SPD besorgte dies die IGBE. Solange die SPD in Bonn an der Regierung war, flossen die Subventionen in die Kassen der RAG. Zugegeben, es gab die eine oder andere Stilllegung, aber dann gingen die Älteren eben in die „Anpassung“ und wurden mit einer guten Rente Frührentner. Die anderen fuhrten dann halt mit Werksbussen zur nächsten Zeche. Die Arbeitsplätze waren zwar weggefallen, aber niemand wurde

arbeitslos, er fiel nicht ins „Bergfreie“, wie es im Revier heißt. Eine einzige bereits geplante Stilllegung wurde verhindert. 1973 sollte die Kamener Schachanlage Monopol im hundertsten Jahr ihres Bestehens stillgelegt werden. Sozialvertraglich, wie es sich gehörte. Die örtliche IGBE und der Betriebsrat, der mehrheitlich aus Linksozialisten bestand (eine völlige Ausnahme im Ruhrgebiet!) mobilisierten stattdessen für den Erhalt der Zeche, und eine ganze Stadt wurde von der Kampagne erfaßt. Mehrere tausend Bergarbeiter, Angehörige, Bürgerinnen und Bürger, die Kirchen und auch die linken Gruppen mit roten Fahnen waren gekommen und wurden willkommen geheißen. Makabre Zwischenszene: Während die Mobilisierung noch zunahm, schlug der SPD-Bürgermeister vor, den Förderturm nach vollzogener Stilllegung im neuen Freizeitgelände als Aussichtsturm aufzustellen. Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren!

Im September 1974 endlich erreichte der Druck auch den Hauptvorstand der IGBE, dessen Vorsitzender Adolf Schmidt die RAG aufforderte, den Stilllegungsbeschluß für Monopol aufzuheben.

1975 wurde die Errichtung eines neuen Kohlekraftwerkes im Nachbarort beschlossen und ebenso die Abteufung eines neuen Bergwerks Monopol-Fortsetzung, das die bisherige Belegschaft von Monopol aufnehmen sollte. Die Besonderheit von Kraftwerk und neuem Bergwerk war ein 3-Kilometer langes Transportband, das die geförderte Kohle auf geradem Wege zur Verstromung ins Kraftwerk brachte. Dieses Kraftwerk lag direkt am Lippe-Seiten-Kanal, damit Kohlschiffe direkt vor ihm anlegen und die Ladung löschen konnten. Wozu Kohlschiffe, wo doch nebenan die Zeche lag? Dazu später.

1982 kam die CDU/FDP an die Macht, und die Rahmenbedingungen für die IGBE



und die Bergarbeiter änderten sich. Vor allem die FDP war nicht mehr bereit, für eine Wählergruppe, von der sie nichts zu erwarten hatte, Milliarden an

Subventionen zu leisten.

Diese sollten wesentlich gekürzt und die Gesamtfördermenge der deutschen Kohle einschneidend reduziert werden. Im Herbst 1993 sollte es dem neuen Bergwerk Monopol „an den Kragen gehen“. Insgesamt 40.000 Stellen sollten im Ruhrbergbau bis zum Jahre 2005 wegfallen und Monopol sollte den Anfang machen. Schon bis 1994 sollten 18.000 der noch ca. 80.000 Arbeitsplätze bei der Ruhrkohle abgebaut werden. Als die Meldungen hierzu verbreitet wurden und, ein Beispiel für angewandte Sozialpartnerschaft, der Betriebsrat dies aus der Tagesschau erfuhr, machte die Monopol-Belegschaft ihrer Wut Luft. In der ersten Phase lief alles „wie geschmiert“. Von Lenin ist der Ausspruch überliefert, daß sich deutsche Revolutionäre eine Bahnsteigkarte kaufen, wenn sie einen Bahnhof besetzen wollen. Lenin kannte die IGBE nicht! Für den 8.9.93 wurde die Blockade einer wichtigen Kamener Kreuzung beschlossen. „Pünktlich um 5 vor 12 blockierten etwa 700 Bergleute der Bergkamener Schachanlage Monopol die Kreuzung ... in Kamen. Nachdrücklicher als mit den bisherigen Aktionen wollten sie auf das drohende Zechensterben im östlichen Revier aufmerksam machen. Doch die Blockade hatte (zunächst!) keinerlei Effekt. Die Polizei – von Betriebsrat und Gewerkschaft tags zuvor über die Demonstration offiziell in Kenntnis gesetzt – hatte längst weiträumige Umleitungen eingerichtet. Ergebnis: Für die in Arbeitsmontur erscheinenden Kumpel gab es nichts zu blockieren,

die Kreuzung war <fahrzeugleer>". („Westf. Rundschau“ – WR-, Lokalteil Bergkamen 9.9.93)

Die Bergleute lernten schnell. Die folgenden Aktionen fanden ohne Vorwarnung statt! Wenn die Ruhr brennt, hat der Rhein nicht genug Wasser zum Löschen! So hieß es mal in den 60er Jahren. Die Aktionen der Monopoler gaben einen Eindruck von der lang verschütteten Kampfkraft der Bergarbeiter. 200 Arbeiter besetzten das Kraftwerk, in dem mittlerweile „bis zu 60 Prozent Importkohle verfeuert“ wurde (WR v. 15.10.1993, Bergkamener Lokalteil). Auch der Kraftwerkshafen wurde besetzt und die Entladung der Kohleschiffe verhindert. Bereits vorher hatten die Bergarbeiter am 21.9.93 gestreikt und „ihre“ Zeche besetzt. Diese „Besetzung löste einen Flächenbrand im ganzen Revier aus“ wie es die Lokalzeitung „Hellweger Anzeiger“ am 23.9.93 überschrieb. Daneben stand ein Artikel mit

der Überschrift „RAG-Vorstand konsterniert über Kumpel-Proteste“. Was war geschehen? Ohne Anleitung „von oben“ hatten ca. 60.000 Bergleute im ganzen Ruhrgebiet „die Brocken hingeworfen“, Straßenkreuzungen in den Städten blockiert und den Verkehr zum Zusammenbrechen gebracht. In Gelsenkirchen sperrten Bergleute die wichtige Bundesautobahn 2 Berlin-Oberhausen. An mehreren Stellen wurden mit Eisenbahnwaggons Bahnübergänge gesperrt, und in Lünen und Bergkamen wurde der Datteln-Hamm-Kanal

Der Kommentar

Westfälische Rundschau
vom 9. 9. 1993

Bergarbeiter-Protest: Spontaner Aktion wurde Spontaneität genommen

Wer für die „spontane“ Blockade einer vielbefahrenen Kreuzung zuvor bei der Polizei die behördliche Genehmigung beantragt, muß sich nun wirklich nicht wundern, daß er dann eine Kreuzung sperrt, die durch polizeiliche Umleitungsmaßnahmen längst total verkehrsberuhigt ist. Und da müssen sich Betriebsrat und IGBE auch nicht darüber wundern, daß sich ihre Bergleute, denen auf solche Weise die Demonstrationsmotivation genommen wird, angesichts ihrer drängenden beruflichen Existenzängste von ihren Interessenvertretern übel auf den Arm genommen fühlen.

Die Nerven der Kumpel liegen blank – das hat die durch besagten und unüberlegten Genehmigungsantrag in ihrer öffentlichen Wirkung nahezu verpuffte Aktion gestern in Kamen jedenfalls eindrucksvoll gezeigt. Nicht viel

hat gefehlt, das Faß der Emotionen zum Überlaufen zu bringen, und nur mit Mühe und Not konnten gut 200 von der „offiziellen Linie“ abtrünnige Bergleute überredet werden, nicht – wie zunächst spontan geplant – die Autobahn A 1 zu sperren.

Betriebsrat und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie wären jedenfalls im Interesse des Erhalts der Kampfkraft der heimischen Kumpel gut beraten, ihr Bemühen um Absegnung aber auch wirklich jedes Demonstrations-Schrittes nicht zu übertreiben. Sonst rufen sie demnächst zu einer „spontanen Aktion“ gegen den drohenden Zusammenbruch des gesamten Steinkohlenbergbaus im östlichen Revier auf – und keiner der von ihnen vertretenen Kumpel kommt.

Malte Hinz

blockiert. Es war offensichtlich: Der IGBE waren die Aktionen „aus dem Ruder gelaufen“. An vielen Orten wurden Bergarbeiter aktiv, und ihre Aktionsformen wie Besetzung, Straßenblockaden etc. verrieten, daß eine ganze Region aus dem Vorbild der kämpfenden Kolleginnen und Kollegen von Krupp-Rheinhausen 1988/89 gelernt hatte. Der Kommentator der SPD-nahen Westfälischen Rundschau brachte es am 12.11.93 auf den Punkt:

„Ausgerechnet im Bergbau, dem Wirtschaftszweig mit dem höchsten gewerk-

schaftlichen Organisationsgrad, wurde die Gewerkschaftsführung von der Aktion der Mitgliedschaft überrascht. Dafür kann es nur eine Erklärung geben – die nämlich, daß die IGBE-Spitze abgehoben hat. Statt ihrer Pflicht zur energischen basisnahen Interessenvertretung nachzukommen, verfolgte sie einen Schmusekurs, der sie den Arbeitnehmern zunehmend entfremdete. Ob sie diesen noch korrigieren kann, indem sie sich <an die Spitze der Bewegung> stellt, bleibt abzuwarten.“

Im November 1993 sagte die Bundesregierung zu, ab 1997 die Verstromung der deutschen Steinkohle mit 7 Milliarden DM zu finanzieren. Dies bedeutete gleichzeitig, so der Betriebsratsvorsitzende der Bergkamener Schachanlage Haus Aden, daß die „7 Milliarden Mark aufgrund der Inflation 1997 nur noch 5,8 Milliarden Mark wert seien. Dann rutsche die Verstromungsmenge ... unter 30 Mio. Tonnen und weitere Schachanlagen müßten geschlossen werden.“ (WR, Lokalteil Bergkamen v. Montag, dem 15.11.93)

Diese Zusage war offensichtlich für die IGBE das Signal zur Befriedung des Reviers. In derselben Ausgabe der WR wurden die beiden Bergkamener Zechenbetriebsratsvorsitzenden mit der Ankündigung zitiert, „daß jetzt sorgfältig geprüft werden solle, warum die breite Solidarität der Ruhegebiets-Belegschaften nicht hergestellt wurde und warum völlig unerwartet am Freitagmorgen das <Signal> aus der Bochumer IGBE-Zentrale kam, die Aktionen abzubrechen.“ Von einer Zeche berichteten beide, dort „versuchte ein Betriebsratsvorsitzender die Belegschaft in die Grube <zu treiben> mit dem Argument, daß die Zeche so Kostenvorteile erreichen könne.“ Wie zu hören war, herrschte vor allem am Niederrhein Ruhe. Wer das Ruhrgebiet und die Strukturen der IGBE kennt, kann sich ausmalen, was passiert war. Deine Stilllegung ist meine Rettung! Mir ist das Hemd näher

als der Rock! Als 1984/85 die englische Bergarbeitergewerkschaft NUM über 8 Monate gegen die Stilllegungspläne der Thatcher-Regierung streikte, verweigerte die IGBE den englischen Kollegen die Solidarität.

„In England streiken die Bergarbeiter. Na, was ist das weiter?

Da müssen die Engländer ihre Kohlen eben bei uns bezohlen!

Das ist ein altes Gesetz in der Welt: Deutschland dient andern gerne.

Für Geld.“

(Kurt Tucholsky)

Wer im Stich läßt seinesgleichen, läßt doch nur sich selbst im Stich, formulierte Brecht es im Solidaritätslied. Wer keine Hoffnung hat, durch solidarisches Miteinander der einzelnen Belegschaften das den Bergbaubeschäftigten drohende Aus verhindern zu können, versucht halt für die eigene (Betriebs-) Familie zu retten, was zu retten ist. In besseren Zeiten wurde das in den Gewerkschaften als St.Floriansprinzip oder Betriebsyndikalismus bekämpft.

Was wird aus der Kohle? Was aus den Bergarbeitern und ihren Familien? Die Grünen haben vorgeschlagen, im Rahmen eines Umstrukturierungsprogramms binnen 20 Jahren aus der Steinkohle auszusteigen und die Subventionen in Ersatzarbeitsplätze zu investieren. Dies hatte wütende Proteste aus IGBE und SPD zu Folge. In NRW sind im Mai Wahlen und die „SPD wird die Kumpel nicht im Stich lassen“, so Minister Matthiesen in der WR v. 18.1.95. Was mag das bedeuten? Klaus Matthiesen weiß bestimmt auch, daß der Personalabbau im Bergbau weitergehen wird, denn die Richtung der ökonomischen Logik ist klar. Effektiver, billiger, arbeitskräftefrei. Die Grünen wiesen zu Recht darauf hin, daß derzeit jährlich ca. 5000 Arbeitsplätze im Bergbau durch Stilllegung und Rationalisierung

gen verschwinden, wenn dies anhalte, seien in 20 Jahren alle derzeitigen Bergbauarbeitsplätze verschwunden, auch ohne vorherige Umstrukturierung. 1945 gab es im Ruhrbergbau noch 600.000 Bergarbeiter. Von 1968 bis 1995 reduzierte sich die Zahl der Beschäftigten durch Sozialpläne etc. von 186.000 auf rund 70.000. (FR v. 15.3.1995) Auch aus anderer Richtung kamen Signale. Die Frankfurter Rundschau zitierte in ihrem Wirtschaftsteil am 28.3.1995 den Vorstandsvorsitzenden des Thyssen-Konzerns Kriwet. Dieser forderte die völlige Einstellung des Steinkohlenbergbaus nach einer Übergangszeit von 10 Jahren. „Die rund zehn Milliarden Mark, die jährlich in die Verhüttung von Koks- und die Steinkohleverstromung fließen, sollten vielmehr verstärkt eingesetzt werden, um in den Revieren neue Strukturen zu schaffen“. Anzumerken bleibt noch, daß Thyssen ein Achtel des Kapitals der Ruhrkohle AG hält. Zu konstatieren ist, daß somit nicht nur FDP und große Teile der CDU die deutsche Kohle zur Disposition stellen, sondern auch mindestens 1/8 der Steinkohlearbeitgeber. Thyssen braucht billigen Importkoks, und keine Regierung kann deutschen Koks auf 80,-DM pro Tonne heruntersubventionieren. Sowenig kostet aber etwa chinesischer Hüttenkoks. Die Steinkohleneinfuhren nach Deutschland haben 1994 um gut zehn Prozent auf 14 Millionen Tonnen zugenommen. Der Importpreis pro Tonne Importkohle liegt bei 70,-DM pro Tonne, verglichen mit 290,-DM für heimische Ware (FR v. 23.1.1995). Dies ist der ökonomische Grund, warum für das Steinkohlenkraftwerk Bergkamen-Heil z.B. die australische Kohle trotz des langen Transportweges weit billiger ist als die drei Kilometer entfernt geförderte Kohle von Monopol.

Über Sozialpläne und vorzeitigen Ruhestand kann nichts mehr geregelt werden. „Das Durchschnittsalter liegt inzwischen

bei Mitte Dreißig. Jeder, der die 50 erreicht, wird in Frühruhestand geschickt.“ (FR v. 15.3.95) Die wenigen übriggebliebenen Zechen müssen die „freigesetzten“ Bergleute aufnehmen. Im Revier macht bereits der Witz über das größte Busunternehmen Deutschlands, die RAG, die Runde. Bergleute aus dem östlichen Revier werden an den Niederhein gefahren usw. Es gibt mittlerweile Kollegen, die mehrere Stilllegungen hinter sich haben und mehrmals neu anfangen mußten.

Jeder Kohlearbeitsplatz kostet pro Jahr 50.000 DM Steuergeld. FDP und die freimarktwirtschafts-Fraktion der CDU/CSU gehen mit diesen Arbeitsplätzen um, als wären sie in Deutschland die einzigen, die subventioniert würden. Die Realität ist eine andere! Ein Arbeitsplatz in der vorwiegend in Bayern ansässigen Luft- und Raumfahrt kostet 25.000 DM und einer in der Landwirtschaft 15.000 DM. Subventionsvergabe und Produktionsentscheidungen sind politische Entscheidungen, bei denen das Kapital und seine Parteien die besseren Ausgangsbedingungen haben.

Es ist die Tragik der IGBE, diese alte Erfahrung der Arbeiterbewegung vergessen und verdrängt zu haben und dem „Klassenkampf von oben“ Presseerklärungen und Gespräche statt der aktiven „Gegenwehr von unten“ entgegenzusetzen. Den Frauen von Kamp-Lintfort und allen anderen, die sich für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze einsetzen, gehört unsere Unterstützung. Nur wer sich bewegt, spürt seine Fesseln! Etwas davon war in den Redebeiträgen der Rheinhausenfrauen beim politischen Nachtgebet in Kamp-Lintfort zu spüren, als sie behutsam aber eindringlich die IGBE-Frauen auf die „Möglichkeit“ einer Niederlage aufmerksam machten. Entscheidend sei, daß man sich gewehrt und aufrecht und mit Würde verloren habe. Aus einer solchen Niederlage könne viel gelernt werden und dies sei eine der

Voraussetzungen dafür, künftige Kämpfe besser bestehen zu können. Würden heute die Kolleginnen und Kollegen des östlichen Reviers kämpfen, wie es die Monopoler 1993 taten, die Belegschaften des Niedersachsens würden mitziehen. Hätten sie es bereits 1993 getan, die Ausgangsposition

heute wäre besser. Teile und herrsche, es ist immer das gleiche Spiel. Aber die Kumpel haben keine Wahl. Wollen sie das Spiel von Politik, Ruhrkohle und auch ihrer eigenen Gewerkschaftsspitze durchkreuzen, müssen sie eingreifen und dabei auch die bisherige Gewerkschaftspolitik in Frage stellen.

Udo Fleige

Nicaragua: Der Tunnel am Ende des Lichtes

Die Spaltung der FSLN

1996 – Wahljahr in Nicaragua

Am 25.2.95 jährte sich zum fünften Mal der Tag der Wahlniederlage der FSLN. Die nächsten Wahlen stehen Ende 1996 an, doch der Sandinismus zeigt sich „chaotischer denn je“ (TAZ 1.2.95).

Für die Sandinisten stehen die Wahlchancen schlecht. Während sie untereinander eine Schlammschlacht führen, setzt *Arnoldo Aleman*, „der nicaraguanische Franz Josef Strauß“, Zeichen. Er hat sich als Bürgermeister der Hauptstadt Managua einen Staat im Staate geschaffen und baut mit finanzieller Unterstützung rechtsreaktionärer Kreise aus den USA zum Beispiel Straßen und Kliniken in Managua. Man kann es sehen – besonders im Fernsehen: Mit Aleman geht es bergauf. Die (fünf) „liberalen“ Parteien rücken hinter Arnoldo Aleman zusammen. Arnoldo Aleman ist Präsident der rechtsextremen „liberal-konstitutionellen Partei“ PLC. Eine andere „liberale“ Partei, die „national-liberale Partei“ PLN war die Partei des Somoza-Clans, der 1979 gestürzt wurde, und ist heute die Partei der Miami-Nicaraguaner, zu denen auch So-

mozas Sohn Anastasio Somoza Portocarro gehört. Man geht davon aus, daß der nächste Präsident Nicaraguas Arnoldo Aleman heißen wird, denn die FSLN läßt jegliche gesellschaftliche Perspektive, die dem Neoliberalismus etwas entgegenzusetzen könnte, vermissen.

Tiefe Risse in der FSLN

Die Sandinistische Partei Nicaraguas zeigt tiefe Risse. Bekannte Persönlichkeiten sind aus der FSLN ausgetreten. Der erste Prominente war übrigens Carlos Tünnermann Bernheim, der im Mai 1994 der FSLN den Rücken kehrte. Er ist den Religiösen SozialistInnen vielleicht noch dadurch bekannt, daß er als Mitglied der „Christianos en la Revolución“ der Kontaktmann zum Internationalen Bund der Religiösen SozialistInnen ILRS war. Am 24. Mai folgte Ernesto Cardenal und später Gioconda Belli, (Autorin des wunderschönen politischen Romans „Die bewohnte Frau“), Fernando Cardenal, Sergio Ramirez (unter Daniel Ortega Vizepräsident Nicaraguas), der ehemalige Luftwaffenchef Raul Venerio, der Dichter Fernando Silva und viele viele andere.



Diego Rivera: Repression gegen Land- und Bergarbeiter

Wandbild in der Kapelle der Landwirtschaftsschule, Chapingo, 1924–27

In diesem Heft von CuS veröffentlichen wir zwei *Originaltexte aus Nicaragua*. Der eine Text wurde von *Ernesto Cardenal* an FreundInnen in Deutschland geschickt und uns über eine Bezieherin unseres Nicaragua-Kalenders zugänglich gemacht. Ernesto Cardenal steht heute im Lager des MRS (Movimiento de Renovación Sandinista, gegründet am 21.1.1995), der „sandinistischen Erneuerungsbewegung“ um Sergio Ramírez, Dora María Téllez (s.u.), Henry Ruiz, Luis Carrion und Mirna Cunningham. Die deutsche Presse (inklusive TAZ) neigt dieser Seite zu, deren AnhängerInnen hierzulande gerne als „sozialdemokratische Reformer“ bezeichnet werden, (z.B. von Rita Neubauer in der FR vom 22.2.95).

Die andere Stellungnahme wurde uns von *Olivia Alvarez Alvarado* auf unsere Bitte hin zugesandt. Olivia Alvarez ist Leiterin des Frauensekretariats der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN in Matagalpa und unseren Freundinnen und Freunden seit langem gut bekannt. Hart kritisiert sie die Erneuerungsbewegung, stellt sich aber mit

keinem Wort auf die Seite der anderen Hauptströmung, der *ID* (Izquierda Democrática), der „Demokratischen Linken“ um Daniel Ortega, Mónica Baltodano, Tomás Borge, Bayardo Arce und Hugo Tinoco. Deren Anhänger werden bei uns in der Presse vorwiegend als „radikale Fundamentalisten“ titulierte (so Rita Neubauer a.a.O.)

Die deutschen Medien

„Progressive Gruppe und linke Medien in der BRD, Österreich und der Schweiz“ haben – so kommentiert Dieter Drüssel vom Schweizer Zentralamerika-Sekretariat (ZAS) – „bereits deutlich Partei ergriffen“, indem sie mit dem Vokabular auch die Sichtweise der „Erneuerungsbewegung“ übernahmen. Die Erneuerungsbewegung MRS würde demnach für Diskussionskultur, Öffnung, Demokratie, Modernisierung und Anstand stehen, die Demokratische Linke ID hingegen für Orthodoxie, Stalinismus, Autoritarismus, Caudillismo und persönliches Machtstreben (vgl. konkret 12/94). Auch „medico international“ spricht von

den „Caudillo-Träumen des Daniel Ortega [...]“, dem es mehr um die Kontrolle der Partei geht als um deren konstruktive Erneuerung“ (medico rundschriften 3/94).

Ist eigentlich „Erneuerung“ an sich schon positiv zu beurteilen – oder sollte man nicht auch über die Inhalte der Erneuerung reden? Der Comandante Victor Tirado jedenfalls, seit Frühjahr 1994 Mitglied der Dirección Nacional der FSLN, sieht nur den Kampf um die Macht als Grund der Auseinandersetzungen: „Beide Treten für eine Erneuerung ein, aber bei beiden habe ich noch nicht herausgefunden, was es bedeutet“, sagte er in einem Interview im September 1994 vermittelnd.

Neben diesen beiden Hauptströmungen in der FSLN hat sich noch die kleine Gruppe der „*Strömung ohne Strömung*“ gebildet. 60 SympathisantInnen dieser Gruppe trafen sich am 28./29. Januar dieses Jahres zu einem „Forum alternativer Entwicklung“. Hier findet man fast ausschließlich bei uns unbekannt SandinistInnen, die die Personalisierung der sandinistischen Politik beklagen und die fehlenden wirtschaftlichen und politischen Perspektiven bemängeln. In Deutschland wird diese Strömung am ehesten vertreten durch Othmar Meyer vom Informationsbüro Nicaragua.

Nicaragua – Der Kampf ums nackte Überleben

Nicaragua ist das Entwicklungsland mit der weltweit höchsten Pro-Kopf-Verschuldung. Durch Übernahme der Forderungen der ehemaligen DDR in Höhe von 648 Millionen US-Dollar ist Deutschland das zweitgrößte Gläubigerland Nicaraguas. Wie andere Länder in Ost und Süd auch, wird Nicaragua vom IWF kontrolliert. Finanzminister Pereira und Zentralbankchef Taboada persönlich schlugen in einem Brief an den geschäftsführenden Direktor des IWF in Washington Michel Camdessus diesem vor, den Staatshaushalt Nicaraguas zu kontrol-

lieren, bevor (!) er ins Parlament eingebracht wird. Die IWF-Politik zeitigt die üblichen Konsequenzen: 82% der Exporterlöse und 80% der sog. Auslandshilfe werden vom Schuldendienst verschlungen (ca. 11 Milliarden DM Auslandschulden), die Füllung des Warenkorbes (140 US-Dollar pro Monat) liegt für 3/4 aller NicaraguanerInnen (Mindestlohn 40 Dollar) im Bereich des Unerwägbareren. „Der Kampf ums nackte Überleben ist für die allermeisten NicaraguanerInnen eine Alltäglichkeit“ (Rundschriften '95 des Informationsbüros Nicaragua).

In dieser Situation wird die Bevölkerung bei den Wahlen 1996 auch mit dem Bauch abstimmen; sie wird die Partei wählen, die ihr einigermaßen glaubhaft eine Perspektive für die Zukunft bietet oder zu bieten scheint.

Co-gobierno oder Opposition?

Nach ihrer *Wahlniederlage 1990* hat die FSLN eine Politik zwischen *co-gobierno* (Mitregierung) und Opposition betrieben. Obwohl in der Opposition – die FSLN ist die stärkste Oppositionspartei, sie stellt 39 der 92 Mitglieder des Parlamentes (*Asamblea Nacional*) – war der frühere sandinistische Verteidigungsminister Humberto Ortega, (der Bruder des ehemaligen Präsidenten und jetzigen Parteivorsitzenden der FSLN, Daniel Ortega) noch bis zum 21. Februar 1995 Oberbefehlshaber der Armee, und diese Armee hieß bis Februar/März dieses Jahres immer noch „Sandinistisches Volksheer“ (vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 4.2.95).

Der erste Widerstand innerhalb der FSLN gegen diese ambivalente Politik regte sich Mitte 1993, als das „*Papier der 29*“ erschien: ein Aufruf „zur Besinnung auf historische Prinzipien der FSLN“ und zur stärkeren Positionierung der FSLN auf Seiten der Armen. Deutlicher wurden die Flügelkämpfe dann im Februar 1994, als zwei Positionspapiere herauskamen, es bildete

sich die *Izquierda Democrática* um Daniel Ortega und *Los mayorías/Renovados* („Por un sandinismo que vuelva a los mayorías“, für einen Sandinismus, der wieder mehrheitsfähig wird/ Erneuerer) um Sergio Ramírez (bis 1990 Vizepräsident Nicaraguas unter Daniel Ortega, seit dem 15.4.1990 bis September 1994 Fraktionsvorsitzender der FSLN in der Nationalversammlung).

Die Demokratische Linke legt sich selber Attribute zu wie „sozialistisch“, „anti-imperialistisch“, spricht sich gegen neoliberale Wirtschaftsmodelle aus, will kollektives Eigentum stärker fördern als privates, zeigt sich mit den Gewerkschaften und der Basis verbunden.

Die Erneuerer erwähnen solche politischen Prinzipien nicht mehr, sie setzen den Akzent auf innerparteiliche Demokratisierung, wenden sich gegen den vertikalen Führungsstil in der FSLN, gegen den „caudillismo“ des Daniel Ortega, wollen die Umwandlung der FSLN in eine Wahlpartei, kollektives und privates Eigentum gleichermaßen fördern.

Sowohl in der Basis der FSLN als auch in der *Asamblea Sandinista*, (der Parteiversammlung der FSLN) und unter den Funktionären der Partei hat die Demokratische Linke die Mehrheit, etwa 2/3 aller Mitglieder sind ihr zuzurechnen. In der *Parlamentsfraktion* allerdings haben die Erneuerer die Mehrheit, nur 7 der 39 FSLN-Abgeordnete (2 Frauen und 5 Männer) gehören zur Demokratischen Linken.

Die Verfassungsreform

Seit 1990 gab es von Seiten der neuen Regierung unter Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro und ihrem Präsidialminister Antonio Lacayo (verheiratet mit Violeta Chamorros jüngster Tochter Christiana) Bestrebungen, die Verfassung zu ändern, die noch von 1987, also aus sandinistischer Feder, stammt. Stärkster Widerspruch gegen

jegliche Diskussion über die Verfassungsreform kam immer schon von Daniel Ortega und der FSLN.

Ende 1993/ Anfang 1994 einigte sich allerdings die Parlamentsfraktion der FSLN mit den meisten Abgeordneten der Regierungsparteien darauf, am 5.9.94 ein Paket von Verfassungsreformen im Parlament einzubringen, um dieses noch im Jahre 1994 verabschieden zu können. Diese Abgeordneten stimmten darin überein, in der Verfassung zu verankern, daß Verwandte der Präsidentin/des Präsidenten und auch ehemalige PräsidentInnen nur insgesamt zweimal für dieses Amt kandidieren können, jedoch nicht zweimal direkt nacheinander.

Im Sommer 1994 sprachen sich dann Antonio Lacayo und auch Daniel Ortega öffentlich gegen die Verfassungsreform aus. Nach einigem Hin und Her beschloß die Asamblea Sandinista am 4.9.94, die Fraktion solle die Vorlage der Reformvorschläge im Parlament verschieben. Die FSLN-Fraktion im Parlament besitzt nach Auffassung der FSLN keine Autonomie, sondern ist den Statuten der Partei untergeordnet. Die FSLN-Fraktion widersetzte sich jedoch dem Votum der sandinistischen Versammlung und brachte am 5.9.94 zusammen mit anderen Parteien und mit 27 ihrer 39 sandinistischen Abgeordneten (5 davon dagegen, 7 abwesend) den Reformvorschlag ins Parlament ein.

Die Erneuerer in der Fraktion um Sergio Ramírez vermuteten hinter dem Votum der Asamblea Sandinista das persönliche Machtstreben Daniel Ortegas bzw. Absprachen zwischen Antonio Lacayo und Daniel Ortega, „während es doch in Wahrheit der sandinistischen Linken z.B. um die Verteidigung des Bodenbesitzes für die verarmte städtische und ländliche Bevölkerung geht, der durch die von Ramírez vorangetriebene Verfassungsreform angegriffen wird“ – kommentiert Dieter Drüssel a.a.O..

Im Gegenzug beschloß die Asamblea Sandinista auf einer Sondersitzung am 9.9.94, Sergio Ramírez als Fraktionsvorsitzenden abzulösen, was rechtlich untadelig war: nach den Wahlgesetzen Nicaraguas stand allen Präsidentschaftskandidaten von 1990, die mehr als 1% der Stimmen bekommen haben, ein Sitz im Parlament zu, so auch Daniel Ortega. Dieser hatte aber damals seinen Sitz an Sergio Ramírez, seinen Vizepräsidenten kandidaten abgetreten. Jetzt beschloß die Asamblea Sandinista, daß Daniel Ortega seinen Sitz selber einnehmen solle. Sergio Ramírez, der auf einem außerordentlichen Parteitag im Mai 1994 schon aus der Dirección Nacional, (der Nationalen Leitung der FSLN), abgewählt worden war, verlor damit auch seinen Sitz im Parlament. Die Erneuerer sehen das so: Daniel Ortega nimmt seinen Parlamentssitz ein, um die Verfassungsreform zu bekämpfen, weil er sonst 1996 nicht mehr für die Präsidentschaft kandidieren kann. Doch – schreibt Dieter Drüssel vom Zentralamerikasekretariat Zürich – „Daniel könnte auch mit der jetzigen Verfassungsreform perfekt nochmals kandidieren, doch um konkrete Details geht's ja nicht“ (ZAS, 29.11.94).

Die Asamblea Sandinista wünschte, daß die Fraktion der FSLN nun Daniel Ortega auch zum Fraktionsvorsitzenden wählen sollte. Die Parlamentarier zeigten sich aber weiterhin bockig, und 29 sandinistische Abgeordnete wählten Dora María Tellez zur Fraktionsvorsitzenden – sie gehört zu den Erneuerern und ist inzwischen aus der FSLN ausgetreten ebenso wie Sergio Ramírez. Dieser wollte eigentlich schon am 21.2.95, dem 61. Todestag des General Sandino, die Gründung einer neuen Partei bekanntgeben.

Nach monatelangem Tauziehen verabschiedete das Parlament nun mit guter Zweidrittelmehrheit (gegen den Widerstand der Regierung Chamorro/Lacayo,

gegen den Widerstand einer Minderheit der Abgeordneten des Regierungsbündnisses U.N.O. und gegen den Widerstand der Demokratischen Linken innerhalb der FSLN-Fraktion) im Februar dieses Jahres ein Paket von 66 Verfassungsreformen. Die Reform stärkt das Parlament gegenüber der Regierung, die Amtszeit des Präsidenten wird von sechs auf fünf Jahre verkürzt; wenn keiner der KandidatInnen in der ersten Runde 45% erhält, erfolgt eine Stichwahl; Blutsverwandte der Präsidentin/des Präsidenten bis zum 4. Grade und verschwägte Verwandte bis zum 4. Grade dürfen sich nicht um die anschließende Präsidentschaft bewerben. Damit ist Antonio Lacayo für 1996 außen vor, nicht aber Daniel Ortega, Humberto Ortega und Sergio Ramírez (vgl. NZZ 4.2.95). Über die sozialen Konsequenzen der Reformen war bisher leider noch nicht viel in Erfahrung zu bringen, angeblich bleibt die Agrarreform unberührt.

Theoretisch tritt die Verfassung direkt nach Verkündung durch die Präsidentin in Kraft, diese hat sich aber geweigert, und ihr Schwiegersohn Lacayo hat die Gerichte gegen die Verfassungsreform angerufen. So mußte der neue christdemokratische Parlamentspräsident Luis Humberto Guzman die Verfassungsreform per Zeitung und Flugblatt amtlich bekanntmachen. „Seit gestern sind in Nicaragua zwei Verfassungen in Kraft – oder gar keine, je nach politischer Position des Betroffenen.“ (taz 25.2.95)

Ernesto Cardenal oder Tomás Borge?

Auf den Kirchentagen der 80er Jahre wurden beide gefeiert und umjubelt: Ernesto Cardenal, Dichter, Priester und Kulturminister Nicaraguas, und Tomás Borge, einziger noch lebender Mitbegründer der FSLN, der seinen Folterern als sandinistischer Innenminister Nicaraguas mit den legendären Worten verziehen hatte: Meine

persönliche Rache wird sein, daß Deine Kinder in Nicaragua zur Schule gehen und glücklich leben werden. – Heute sind auch sie tief entzweit. Auf wessen Seite wollen wir uns stellen?

Die Frage ist so nicht zu beantworten, weil die Diskussion in Nicaragua selber kaum mit inhaltlichen Argumenten geführt wird. „Tatsache ist“, schreibt das Informationsbüro Nicaragua e.V. in seinem Rundschreiben '95, „daß die Machtkämpfe zwischen Sergio Ramírez und Daniel Ortega jede politische Diskussion erschweren, wenn nicht sogar verunmöglichen. [...] Diese Vermischung persönlicher Profilierungsabsichten und der längst überfälligen Debatte um die weitere Linie der Partei führte [...] zu einer medialen Schlamm-schlacht auf höchster Parteiebene, in der kein Wort persönlicher Beleidigung ausgelassen wurde“. Zum Beispiel geht es in der Presse darum, ob Dora María Tellez deshalb auf der Seite der Erneuerer stehe, weil sie eine lesbische Beziehung zur Tochter von Sergio Ramírez habe... – Soviel zum Niveau der Diskussion.

Der Kampf um die „Barricada“ – „Trifft einen Chamorro ein Rosenblatt...“

Die „Barricada“ ist die Parteizeitung der FSLN und mit einer Auflage von 95.000 (Quelle: Der Fischer Weltalmanach) die größte Tageszeitung Nicaraguas vor dem ebenfalls prosandinistischen „El Nuevo Diario“ (Auflage 45.000, Sprachrohr der Erneuerer) und der rechts-bürgerlichen „La Prensa“ (Auflage 75.000, Chef ist Pedro Joaquín Chamorro, Sohn der Präsidentin Violeta Chamorro, in den 80er Jahren einer der Contra-Führer).

„Barricada hat treue Leser im gesamten politischen Spektrum gefunden [...] als die einzige Tageszeitung im Land, die seriös und gemäßigt berichtet – sie ist zwar nicht neutral, aber sicherlich objektiv.“ – So beschrieb der CEPAD-REPORT des Evangeli-

schen Kirchenrates von Nicaragua die Barricada (Heft 9/10 1994).

Letztendlich ausgelöst wurde Ernesto Cardenals Austritt aus der FSLN dadurch, daß die Parteiführung der FSLN im Anschluß an die Vorkommnisse vom 5.9.94 (siehe oben) beschloß, Carlos Fernando Chamorro (ebenfalls ein Sohn der Präsidentin Violeta Chamorro) als Direktor ihrer Parteizeitung Barricada abzusetzen, weil dieser die Erneuerer um die Ramírez-Fraktion zu häufig zu Wort kommen lassen habe. Ersetzt wurde Carlos Fernando Chamorro als Direktor durch Lumberto Campbell einem Mitglied der Dirección Nacional der FSLN aus dem Lager von Daniel Ortega. „Presidente“ der Barricada wurde Tomás Borge. Ein Großteil der Redaktion trat aus Protest gegen die Absetzung Chamorros freiwillig zurück. Ernesto Cardenal: „Die Partei wurde von einer totalitären Gruppe gekidnappt. [...] Daniel Ortega und seine Leute versuchen, alle, die nicht auf ihrer Linie sind, rauszuwerfen.“ (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt 4.11.94)

Kritisiert wird diese Absetzung auch von der deutschen „Soliscene“. So schreibt z.B. Sabine Broscheit in „Presente“, dem Bulletin der Christlichen Initiative Romero aus Münster: „Es ist zu befürchten, daß sie [die Barricada] unter Campbells Leitung eher zum Verlautbarungsorgan der FSLN-Führung als zum Forum einer offenen und demokratisch geführten Auseinandersetzung und einer objektiven und neutralen Berichterstattung wird“ (Presente 4/94).

Verteidigt wird die Absetzung des Barricada-Direktors vom Zürcher Zentralamerikasekretariat als „längst fällig“, und Carlos Fonseca Terán, FSLN-Sekretär aus León, kritisiert die Kritiker der Ablösung: „In Matagalpa können 12 Kinder an Hunger sterben, und nichts passiert. Aber trifft einen Chamorro ein Rosenblatt, ergehen sich die Bourgeoisie und ihre Stiefelcker in entsetztem Protest. Man hat einen Halb-gott

wie einen gewöhnlichen Sterblichen behandelt, ein Symbol altüberlieferter Macht wurde mißachtet, eine Figur dieser Klasse, die es, nachdem sie ein Jahrzehnt von der Macht verbannt gewesen war, nach Rache dürstet“.

Der Kampf zweier Klassen

„Die Situation ist das Ergebnis des Kampfes der Klassen innerhalb der FSLN, der die gleichen Merkmale zeigt, wie schon zur Zeit des Kampfes gegen die Diktatur von Somoza“. So interpretiert Olivia Alvarez Alvarado den Streit in der FSLN und gibt damit einen wichtigen Hinweis. Auch Othmar Meyer, der als Koordinator für verschiedene NGOs in Nicaragua arbeitet, erinnert in einem Brief vom Dezember 1994 an die Tatsache, daß die FSLN „schon immer eine Mehrklassenpartei“ war. „Kapitalakkumulation wurde auch in den 80er Jahren geduldet, in der Agrarreform nicht alle Großgrundbesitzer gleichangepackt. Nur war es so, daß die Aggression von außen und die Partei an der Macht zu sein, die FSLN zusammenhielt, Debatten darüber fanden nicht statt. Nach 1990 fällt diese Klammer weg“. Hier decken sich die Ansichten von Othmar Meyer und Olivia Alvarez. Nur sieht Othmar die Grenzen nicht zwischen MRS und ID laufen, sondern quer durch sie hindurch: „Die neue und alte sandinistische Bourgeoisie innerhalb wie außerhalb des Parteiapparates rücken näher zur traditionellen Bourgeoisie, vor allem zu den Sektoren, die ein modernisierendes Konzept vertreten wie Antonio Lacayo u.a... Aber das geht durch beide Strömungen und ist nicht nur das Privileg der MRS. Daher ist der Gegensatz schief, daß die ID die Linken und Armen sind und die MRS die bürgerlichen und Reichen.“

Othmar Meyer bestätigt die Ansicht von Olivia Alvarez und des Zürcher Sekretariats: „Die progressiven Bürgerlichen, die kurz vor oder nach dem Sieg 79 dem Fren-

te beigetreten sind und aufgrund ihrer Bildung, professioneller Fähigkeiten und Connections rasch den Regierungsapparat ausfüllten, verlassen »Renovación« und unter dem Segen einiger weniger Comandantes das sandinistische Schiff. Sie hocken jetzt in Unternehmen, Think Tanks, ONGs [Spanische Schreibweise für NGOs, Nicht-Regierungs-Organisationen] und bestimmen z.B. in die heranpilgernde Soligemeinde hinein massgeblich das Bild vom Frente“ (ZAS 29.11.94). Othmar Meyer betont aber darüber hinaus: „Das tun beide Seiten: Mit der MRS identifizieren sich große Teile der sandinistischen Bourgeoisie wie unter anderem auch [...] Ramírez, Tellez etc. Sie sind Großgrundbesitzer, haben ihre Stiftungen oder ONG's... Und die Genossinnen von der ID? Daniel Ortega ist Mitbesitzer von »Radio Ya« vom Elektrogroßhandel »COPASA« den »Super Ferreterias Americanas“, etc. – pardon – er erscheint nicht im Register, sondern sein langjähriger privater Einkäufer Miguel Castillo. Tomás Borge hat seine eigene Stiftung »La verde sonrisa« hat Viehfarmen, Anteil an Schlachthöfen, mindestens drei der bekannten Luxus-Stundenhotels, Papierverarbeitungsbetriebe, etc. Monica Baltodano: Hat ihre eigene ONG »Popol-na« hat Großgrundbesitz mit Vieh in Rivas. Rene Vivas [der sandinistische ehemalige Polizeichef]: Hat einen privaten Sicherheitsdienst, Viehfarm in Rivas, als nationaler Chef der Polizei war er Teilhaber des Unternehmens »MICAMAR« die die Polizeikantinen belieferte. [...] Die ID hat einen Diskurs, der sich eindeutiger auf die arme Mehrheit orientiert, aber entspricht dem auch die Praxis?“

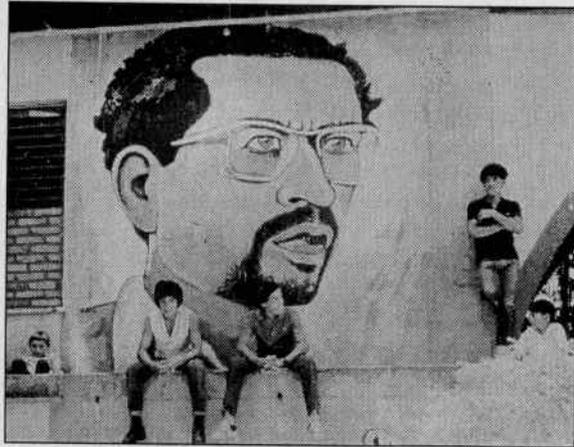
„Nur die Arbeiter und Bauern...“

„... gehen bis zum Ziel“. Mit diesem Satz Sandinos analysiert Olivia Alvarez in ihrem Brief die Motive für die Spaltung der FSLN. Es ist nicht die erste Spaltung. 1961

unter Führung von Carlos Fonseca gegründet, spaltete sich die FSLN 1975/76 an der Frage, mit welcher Strategie gegen die Somoza-Diktatur gekämpft werden sollte. Es gab drei Tendenzen: Die eine Tendenz (GPP, z.B. Tomás Borge) setzte auf die Campesinos in den ländlichen Gebieten; die zweite Tendenz (Proletarische Tendenz TP) setzte auf die Arbeiter in den Städten; die dritte Tendenz (Aufstandstendenz um Humberto und Daniel Ortega) setzte auf einen baldigen allgemeinen Volksaufstand im Bündnis mit der bürgerlichen Opposition. „Volk gegen Somoza“ war die Parole, die sich letztlich durchsetzte. Von Klassenwidersprüchen im Volk war in dieser dritten Tendenz nicht die Rede, bzw. sie wurden zugunsten des schnellen Sturzes der Diktatur vernachlässigt. Umgesetzt wurde das Bündnis mit dem Bürgertum über die Brücke der „Gruppe der Zwölf“. Deren Initiator war der bekannte Schriftsteller Sergio Ramírez, Mitglied der Gruppe waren auch die katholischen Priester Miguel d' Escoto (später Außenminister) und Fernando Cardenal (später Erziehungsminister, Bruder von Ernesto Cardenal).

Erst am 4. März 1979, wenige Monate vor dem Sieg der Revolution, erfolgte die pragmatische Wiedervereinigung der FSLN, indem eine 9-köpfige „Gemeinsame Nationale Leitung“ gebildet wurde, in der jede Tendenz mit drei Comandantes vertreten war.

Heute finden wir z.T. dieselben Akteure von damals in den neuen Strömungen wieder. Man kann auch etwas vereinfacht sagen: die alten Klassenwidersprüche, die in der 70er Jahren im Kampf gegen den US-Statthalter Somoza und in den 80er Jahren im Kampf gegen die US-Söldner der Contra gekittet wurden, brechen nun wieder auf.



Bildnis des Carlos Fonseca: Wandmalerei im Norden Nicaraguas

Foto: Udo Fleige

„An einer revolutionären Alternative arbeiten“

„Ich finde auch“, schreibt Othmar Meyer aus Managua gegen die Parteinahme des ZAS für die ID (siehe oben), „daß die MRS im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmt, aber ich erinnere mich auch, daß die gesamte Nationale Leitung der FSLN für den Beitritt in die Sozialistische Internationale war, und Daniel Ortega war einer der Hauptbetreiber.“ Othmar Meyer spricht sich gegen ein Blockdenken aus, denn das Handeln der ProtagonistInnen auf beiden Seiten – ob nun „sozialdemokratisch“ wie Ramírez oder „populistisch“ wie Ortega – sei bestimmt von eigenen wirtschaftlichen und politischen Machtinteressen.

Andererseits, berichtet Othmar Meyer, gibt es aber auch in beiden Hauptströmungen Leute, die an einer revolutionären Alternative arbeiten wollen und die die nötige Moral und die nötige Erfahrung dazu besitzen.

Diese Leute wollen wir suchen und (uns gegenseitig) stützen. Ich denke, wir haben auch schon einige gefunden! Gott sei Dank.

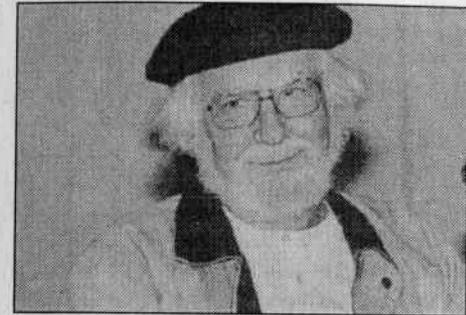
P.S. Licht am Ende des Tunnels

„Es ist leicht möglich, daß das erste ferne Leuchten zeitweilig oder auch für immer versinkt und verschwindet, und menschliche Sünde und Torheit sich dafür erheben und breit machen, aber es war schon da, es leuchtete, es hatte wieder einmal Anstoß

gegeben zu einer tiefen Unruhe und Bewegung, zu einer Sehnsucht, einem Hungern und Schreien vieler Menschen nach jener Welt, wo das alles wahr wird, was wir einstweilen nur als von ferne schauen.“ (Karl Barth und Eduard Thurneysen, 1928, zit. nach Junge Kirche 3/95, S. 143)

Ernesto Cardenal

Warum ich es nicht eher sagte



Was die Motive meines Austritts aus der FSLN betrifft und die Veröffentlichung meiner Motive, aus denen heraus ich das getan habe, haben einige gesagt, warum ich das nicht eher verkündet habe, als wir noch an der Regierung waren. Ich antwortete, daß es deshalb ist, weil es vorher keinen Grund gab. Mein Rücktritt bezieht sich auf die allerjüngsten internen Wahlen der FSLN. Ich beziehe mich höchstens auf die Vergangenheit, auf die Diebstähle (von einigen) in der „Piñata“, die sich nach der Wahlniederlage ereigneten.

Sicher gab es Irrtümer in der sandinistischen Regierung, und ich habe das im Ausland immer bekannt, indem ich sagte, daß alles Menschliche dem Irrtum unterworfen ist. Und daß man bevor man die Irrtümer von anderen anklagt, seine eigenen Irrtümer sehen sollte, und niemand ist sehr geeignet, seine eigenen Irrtümer zu sehen. Aber jetzt ist das eine andere Sache.

Die Gattin von Fujimori hat jüngst gesagt, daß sie ihren Mann nicht wiedererkennt, daß sie in ihm ein Monstrum sieht

und daß er nicht mehr der ist, der er vorher war. Das glaube ich. So haben wir auch gesehen, wie sich Daniel Ortega und Tomás Borge wandelten, die sehr anders sind, als sie früher waren, und sie haben eine FSLN geschaffen, die sehr verschieden ist von jener, in die wir eintraten.

Den Sandinismus, der die Hoffnung Lateinamerikas und vieler anderer Völker war, für den es eine internationale Zuneigung gab, die keine andere Revolution in der Welt je hatte: diesen Sandinismus haben sie umgebracht. Ich bin mit der Mutter von Mónica Baltodano einig, Doña Zulema de Baltodano – sie sagt im NUEVO DIARIO zu ihrer Tochter: „Die Frente ist am Ende (FSLN), und die Hoffnungen des Volkes sind gestorben“. Ich bin mit den tapferen Worten von Claudia Chamorro gegenüber Daniel einig: „Sie führen den Prozeß der Zerstörung der FSLN an“. Und die Worte, die Sergio in einem Interview im Ausland gesagt hat, sind fast zum Weinen – für jeden Sandinisten: „Die heroische Epoche der FSLN ist vorbei“.

Es gab eine heroische Epoche. Ich habe sie in meinen Gedichten besungen. Und ich nehme keinen meiner Gesänge zurück.

Die Gattin von Fujimori hat auch gesagt, daß eines der Dinge, in denen sie ihren Mann nicht als den wiedererkennt, der er war, ist, daß er jetzt lügt, mit großer Unverschämtheit und Zynismus, und daß er vorher nicht gelogen hat. Desgleichen kann ich sagen, daß der Daniel und der Tomás, den ich kannte, nicht logen. Im Gegensatz dazu bleibt Daniel dabei, im Inland und Ausland zu wiederholen, daß es keine Spaltung in der FSLN gibt. Wenn es einige gibt, die eine andere Meinung haben, sind sie einfach keine Sandinisten (auch wenn sie in derselben Nationalen Leitung sind oder zu den Prominentesten seines Regierungskabinetts gehörten).

Ich habe früher geschrieben, daß Daniel trotz seiner Aktionen als Guerillero und

als Regierungschef, in erster Linie in die Geschichte eingehen wird als die Person, die die FSLN zerstört hat. Jetzt füge ich hinzu: Dies ist noch schlimmer als die Wahlniederlage. Mit jener Niederlage verlor die FSLN nur die Wahlen. Jetzt haben wir die FSLN selber verloren!

Heute füge ich noch etwas hinzu: Daniel Ortega wird im Gedächtnis des nicaraguanischen Volkes bleiben als jemand, der einer der Führer bei der Befreiung von der somozistischen Diktatur war, er wird danach verantwortlich gewesen sein, daß sich (mit der Zerstörung der FSLN) in Nicaragua der Somozismus erneut einrichtet.

Die Sache mit den Diebstählen bleibt noch für eine andere Gelegenheit. Aber dieses dürfen nicht Anklagen durch eine einzelne Person sein.

Übersetzung: Udo Fleige

Olivia Alvarez Alvarado

Matagalpa, den 23.12.1994

Der Kampf der Klassen in der FSLN

Was den Brief betrifft, den Ihr wünscht, meine Einstellung die internen Probleme der FSLN betreffend, gibt es kein Problem. Damit Ihr aber eine klarere und objektivere Sicht bekommt, schicke ich Euch beiliegend Materialien mit, die Euch helfen werden, die bestehenden Widersprüche als Folge des natürlichen Wachstums eines lebenden Organismus zu verstehen – heterogen und facettenreich, der sich anpassen muß an einen neuen Augenblick in der Geschichte, an andere Umstände des Kampfes. Es ist auch ein sehr wichtiger Augenblick, um die Interessen festzustellen, aus denen heraus manche die Revolution gemacht haben.

Die jetzige Situation ist das Ergebnis des Kampfes der Klassen innerhalb der FSLN, der die gleichen Merkmale zeigt, wie schon zur Zeit des Kampfes gegen die Diktatur von Somoza. Wenn wir ein bißchen zurückdenken, sehen wir, daß innerhalb der revolutionären Strömung viele, die sich beteiligten, das taten ohne eine aufrichtige Vorstellung von Gerechtigkeit, von Liebe, von Dienen. Sie beteiligten sich ein bißchen, um nicht abseits der Geschichte zu stehen, damit man nicht sagen konnte, sie seien gegen das enterbte Volk von Nicaragua eingestellt, um selber öffentlich bekannt zu werden, um ein Quantum



„Selig sind die Friedfertigen, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ – Basisgemeinden-Treffen am 9. Jahrestag der Revolution

Macht zu erhalten, und schließlich, um an der großen internationalen Hilfe Anteil zu haben, die wir erhielten.

Ich denke auch, daß diese Leute, die sich jetzt von der FSLN entfernen, obwohl sie sich Sandinistische Erneuerung [Sandinistas Renovados] nennen, dies tun, weil sie Wasser auf ihre Mühlen bringen wollen; aber sie reden nicht offen, weil sie vielleicht denken, daß sie das Volk auf diese Weise täuschen können. Ich denke, das was diese Leute interessiert, ist ihren Bauch zu füllen und den ihrer Familie, der Rest kann ruhig sterben. Es ist so, als wenn sich jemand Christ nennt, und plötzlich damit ankommt, daß die Gute Nachricht des Evangeliums Irrtümer enthält, die man korrigieren muß, solche Leute kann man alles mögliche nennen, aber nicht Christen.

Die sandinistischen Parlamentarier sitzen in der Nationalversammlung als Repräsentanten der sandinistischen Bevölkerung; aber diese, die sich im Moment Erneuerer nennen lassen, haben nur das Interesse, ihr saftiges Gehalt einzustreichen, das sie als Abgeordnete erhalten, doch gegen die Ungerechtigkeiten zu kämpfen, die das Volk von Nicaragua erleidet, was wirklich sandi-

nistisch wäre, das interessiert sie nicht; ich glaube auch, daß einige von ihnen Unternehmer sind, mit Geschäften, die sie betreiben, Grundstücken, Häusern... Was weiß ich.

Mich überrascht es nicht, daß viele, die sich Sandinisten nannten, sich vom staatsbürgerlichen Kampf für die Forderung der Enterbten entfernen. ... General Sandino hat es schon gesagt: „Wegen des Charakters, den der Kampf angenommen hat, verlassen uns viele... Nur die Arbeiter und Campesinos werden den Weg bis ans Ende gehen, nur ihre organisierte Kraft kann zum Triumph führen“...

Sollen doch alle gehen, die für ihre Interessen der Bourgeoisie kämpfen wollen, die Macht, Ruhm und Hände voller Geld wollen. Sollen alle gehen, die das Spiel des IMPERIALISMUS UND DES KAPITALISMUS spielen wollen, deren Symbol wir alle kennen, ODER NICHT?

[...] In der Vergangenheit gab es verschiedene Strömungen [tendencias] in der FSLN, die sich später vereinigten, um ihre Ziele zu erreichen. Diese Strömungen, die jetzt wieder in Erscheinung treten, tun das, weil sie erreicht haben, was sie wollten, nämlich auf nationaler Ebene vertreten zu sein, und das, was sie jetzt interessiert, hat nichts zu tun mit der breiten Masse der Bevölkerung [masas populares].

Den Intellektuellen interessiert es, mehr Prestige zu erhalten, Bekanntheit auf nationaler und internationaler Ebene. Den kontemplativen Geistlichen [gemeint ist sicher Ernesto Cardenal. d.Ü.] interessiert es nicht mehr, als Guru einer Gruppe von Armen aufzutreten, denen er hilft, ein besseres Lebensniveau zu erreichen, jetzt interessiert es ihn, seinen Geist zu erheben in die Ungründlichkeit und die Tiefen des unendlichen Raumes, so wird er sich eins fühlen-

mit dem Gott, an den er glaubt¹. Und kommen wir zu den Schriftstellern, deren Interesse ist es, wie und wann sie ihr nächstes Buch veröffentlichen können. Schließlich, hinter den zuvor Genannten bewegt sich die Gruppe der Lakaien [ein Wortspiel: Lacayo ist der Schwiegersohn der Präsidentin Violeta Chamorro und „Kanzleramtsminister“. d.Ü.], die eine Sklavenseele besitzen, der Mitläufer, der Snobs. Vielleicht gibt es in der neuen Strömung Personen, die überzeugt sind, daß sie im Recht sind, und dies ist die Folge ihrer schwächlichen Überzeugungen, ihrer geringen Kenntnisse der sandinistischen Ideale, vielleicht haben sie die revolutionären Theorien des General Sandino nie studiert, die ihn dazu brachten, die Fundamente der Revolution des Volkes zu formulieren, für das Volk und mit dem Volk.

Vielleicht werden wir die Wahlen 1996 nicht gewinnen, aber mein Standpunkt ist, daß die Macht zu haben nicht nur bedeutet, an der Spitze einer Nation zu stehen, sondern daß es auch bedeutet, nicht die Identität zu verlieren, die die Frente Sandinista seit ihrer Gründung charakterisiert hat. ... Trotz der Irrtümer, und niemand ist vollkommen, ist für mich persönlich wegen ihrer Nähe zum Volk und ihrer Verwandtschaft mit den Prinzipien des Evangeliums die SANDINISTISCHE VOLKSREVOLUTION [LA REVOLUCION POPULAR SANDINISTA] das schönste gewesen; aber nicht jene,

die man jetzt als ERNEUERUNG [RENOVACION] tarnen will; sondern jene, die mit dem Blut unserer Helden, unserer Märtyrer bezahlt wurde, die durch die sandinistischen Ideale inspiriert wurde, für die Carlos Fonseca sein Leben gegeben hat und die hunderte von Toten, die ihr Blut vergossen, damit es in Nicaragua Gerechtigkeit, Bildung, Gesundheit, Brot für das Volk gäbe... DAS IST DER SANDINISMUS, AN DEN ICH GLAUBE.... OHNE SICH ZU ERNEuern, SO WIE ER URSPRUNGLICH GEBOREN WURDE...

Olivia Alvarez A.

Übersetzung: Udo Fleige

¹ Das neue Werk Ernesto Cardenas heißt „Canto Cosmico“, kosmischer Gesang. Auf deutsch ist eine Auswahl unter dem Titel „Wir sind Sternenstaub“ im Peter-Hammer-Verlag erschienen.



Die Zeitschrift der zukunftsorientierten Nachdenklichkeit ist in ihrem fünften Erscheinungsjahr.
Ihre Ost-Gebundenheit ist Profil, aber nicht Beschränkung.
Ihre Visionen wurzeln im kritischen Rückblick und in der Sorge um das Jetzt.
UTOPIE kreativ will mehr wissen über das, was in unserer Zeit Utopie sein kann.

UTOPIE kreativ erscheint seit November 1994 wieder monatlich
Einzelheft 6 DM
Jahresabonnement
Inland: 60 DM (incl. Porto)
Ausland: 78 DM (incl. Porto)
Förderabonnement: 120 DM
Information und Bestellungen:
Redaktion **UTOPIE kreativ**
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin
Tel. 030-28409561

Ich abonniere UTOPIE kreativ zunächst für ein Jahr ab dem nächstmöglichen Liefertermin

Ich abonniere UTOPIE kreativ im Förderabonnement

Name, Vorname: _____

Straße: _____

Plz, Ort: _____

Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht spätestens 8 Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraumes schriftlich gekündigt wird.

Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen widerrufen, es gilt das Datum des Poststempels.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Ich bezahle bargeldlos durch Bankeinzug
Geldinstitut _____

Kto-Nr. _____

BLZ: _____

auf Rechnung

Wulf Schade

Einheitlich konservativ-reaktionär?

Anmerkungen zum polnischen Katholizismus¹

Es wird viel über die katholische Kirche in Polen geschrieben – meistens im gleichen Tenor: Sie ist konservativ, rechtsreaktionär, autoritär, antisemitisch und findet seit Ende des Kommunismus bei der Bevölkerung immer weniger Anklang. Diese Beschreibung ist so pauschal genommen weitgehend falsch. Da werden Vorstellungen verfestigt, die einem entweder aus antipolnischen Gefühlen oder aus einer oberflächlichen pauschalen Abneigung gegen den polnischen Katholizismus – manchmal auch beides zusammen – ins eigene politische Konzept passen. In diesem Aufsatz soll nur versucht werden, diesen zu pauschalen Standpunkt, für den man durchaus viele Beispiele in der Arbeit der katholischen Kirche Polens finden kann, durch andere Gesichtspunkte zu relativieren, um den Blick frei zu bekommen zu einem umfassenderen, aber auch gerechteren Einblick in den polnischen Katholizismus. Wenn im folgenden von der katholischen Kirche gesprochen wird, sind, wenn nicht anders beschrieben, immer die Kirchenhier-

¹ Da wir in der Endredaktion von Cus leider keinen polnischen Zeichensatz in unserer Software zur Verfügung hatten, haben wir die polnischen Namen übertragen. Da der Autor jeweils die Zeitungs- und Organisationsnamen übersetzt hat, gehen wir davon aus, daß dadurch jeweils auf den korrekten polnischen Namen rückgeschlossen werden kann. Red. CuS.



archie und die gesellschaftlich aktiven, sich mit der Kirche verbunden fühlenden Laien gemeint.

Ausgangspunkte

In der katholischen Kirche Polens gibt es zwar keinen linken Flügel im westeuropäischen Sinne, aber sie ist alles andere als ein einheitliches Gebilde. Das politische Spektrum reicht von sozialliberalen Positionen bis hin zu extrem rechten, d.h. nationalistischen bis antisemitischen. Dabei sehen nahezu alle sich mit der katholischen Kirche verbunden fühlenden Politikerinnen und Politiker ihren Standort bei der europäischen Christdemokratie oder rechter. Es gibt auch nicht die antisemitische, nationalistische Kirche in Polen, wobei es durchaus einen Flügel gibt, der das ist, aber ganz sicher nicht die Mehrheit der Kirche darstellt. Das gilt auch für die Kirchenhierarchie.

Mit diesen Feststellungen geht logischerweise auch eine andere einher: Es gibt massive Widersprüche in der Kirche, auch in der Kirchenhierarchie. Heute treten diese Differenzen offener auf, in dem sich die

verschiedenen Repräsentanten – in der Regel Laien – in den zur Verfügung stehenden Organen öffentlich gegeneinander äußern, das gilt manchmal sogar für die Priester, nicht allerdings für die Bischöfe. Aber diese Differenzen sind nicht neu, sie gab es auch bereits zur Zeit der Volksrepublik. Nachlesbar waren sie spätestens ab der ersten Hälfte der 80er Jahre, als die Regierung der Volksrepublik Polen immer öfter die Erlaubnis zur Herausgabe von Kirchenzeitungen gab. Diese meistens vom örtlichen Bischof beaufsichtigten Diözesanzeitungen vertraten durchaus unterschiedliche Inhalte.

Ein weiterer Mythos besteht in der Behauptung, Kirche und polnisches Volk seien eine nahezu geschlossene Einheit während der Zeit der Volksrepublik gewesen, jetzt bröckele diese Einheit ab. Das zeige sich in den Umfragen zu den politischen Aktivitäten der Kirche im heutigen Polen oder zu den Glaubensgrundsätzen, die angeblich eine heute größere Gleichgültigkeit der Gläubigen ihnen gegenüber dokumentiere. Diese Behauptungen werden auch durch ständiges Wiederholen nicht richtiger. Gerade das Verhältnis großer Teile der polnischen Bevölkerung zur katholischen Kirche in den letzten 50 Jahren zeigt ihre große Reife und Abgeklärtheit und vor allem ihre Eigenständigkeit als selbstbewußtes Subjekt. Der Zulauf zu den Gottesdiensten sowie zu den Pilgerzügen und die Akzeptanz einer politischen Rolle der Kirche, sowie die Befolgung der Kirchenlehre waren auch in der Volksrepublikzeit weitgehend voneinander unabhängige Elemente.

Zur Struktur der katholischen Kirche

Nach der Neuordnung der Diözesen am 25. März 1992 hat die katholische Kirche in Polen heute 40 Diözesen (vorher 27), die in 13 (vorher 5) Kirchenprovinzen organisiert sind. Die Bischöfe sind in ihrer Arbeit weitgehend autonom, soweit sie Aufgaben

und Rechte nicht an die Bischofskonferenz abgetreten haben. Diese wird von einem Vorsitzenden und einem Generalsekretär geleitet. Beide Funktionen sind Wahlämter. Heute ist der Vorsitzende der Bischofskonferenz Kardinal Jozef Glemp und der Generalsekretär Bischof Tadeusz Pieronek. Kardinal Glemp hatte bei seiner Wahl mindestens einen Gegenkandidaten, was als Zeichen für unterschiedliche Strömungen innerhalb der Bischofskonferenz gilt. Stellvertreter Glemps ist der Erzbischof von Gniezno, Henryk Muszynski.

Große Bedeutung wurde in der Zeit der Volksrepublik neben der normalen Seelsorge in der Gemeinde, wie z.B. der Familien-seelsorge, der milieubezogenen Seelsorge (Duszpasterstwo srodowiskowe) beigemessen. Für die Arbeit mit einzelnen Milieugruppen wurden, wie auch heute noch, Kontaktbischöfe bzw. Kontaktgeistliche ernannt, die als überregionale Ansprechpartner und Koordinatoren für die Arbeit mit diesem Milieugruppen fungieren, soweit sie nicht die Arbeit des örtlichen Bischofs einengen. Die milieubezogene Seelsorge fand anfangs hauptsächlich unter der Intelligenz statt, d.h. im Oberschul- und Hochschulmilieu, wie auch im ärztlichen Pflegebereich. Bekannt für diesen Bereich wurden die Klubs der Katholischen Intelligenz (KIK), die sich ab 1956 öffentlich in 4 Städten gründen durften. Ihnen eng verbunden war die Znak-Gruppe, die mit der Wochenzeitung Tygodnik Powszechny (seit 1945) und der Monatszeitschrift Znak (Das Zeichen – seit 1946) lange Zeit die einzigen unabhängigen Zeitschriften legal herausgeben konnten, sowie die Gruppe um Tadeusz Mazowiecki, die seit 1958 die Monatszeitschrift Wiesz (Das Band) – ebenfalls legal – herausgab. Nach 1980 bildeten sich in vielen Städten eigenständige Klubs der Katholischen Intelligenz, die sich in einer Koordinationsgruppe zusammengeschlossen haben.

Für die verschiedenen Milieugruppen werden mittlerweile fast jährlich Milieupilgerzüge zum Nationalheiligtum der Schwarzen Madonna nach Czestochowa organisiert. So findet beispielsweise jährlich um den 17. September herum der Pilgerzug für die Menschen der (körperlichen) Arbeit statt. Die meisten dieser milieuspezifischen Pilgerzüge wurden erst ab 1980 und später organisiert und spielten eine bedeutende Rolle im Widerstand gegen die Ausrufung des Kriegszustandes. Sie wurden in dieser Zeit zur einzigen legalen Möglichkeit, sich in Massen unabhängig vom Staat zu versammeln. Es war deshalb auch schon fast gleichgültig, ob die Pilgerzüge von politischen Losungen bestimmt wurden oder nicht, die Tatsache allein, daß viele Menschen beispielsweise nicht zur 1. Mai-Feier gingen, aber zu den Pilgerzügen, war politische Demonstration genug.

In den Pfarrgemeinden richtete man entsprechend den Beschlüssen des II. Vatikanischen Konzils Pfarrgemeinderäte für die Seelsorge ein, die aber nur beratende Stimme haben. Ihre Mitglieder werden bisher meist vom Pfarrer ernannt, nicht von der Gemeinde gewählt. Begründet wurde das in der Zeit der Volksrepublik wohl zu Recht damit, daß man sich gegen Unterwanderungsversuche von Seiten des Staates absichern muß. Überörtlich wurde 1994 ein oberstes Laiengremium gegründet, das in etwa dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken entspricht. Beschlossen ist der Aufbau der Katholischen Aktion (Akcja Katolicka). Sie soll die Arbeit der verschiedenen katholischen Gruppen in enger Abstimmung mit der Kirchenhierarchie koordinieren und auf geistlich-moralischem Gebiet offensiv in die Gesellschaft eingreifen. Diese katholische Aktion wird von vielen in der Kirche skeptisch bis ablehnend betrachtet, da eine Organisation mit demselben Namen in der Zwischenkriegszeit eine stockreaktionäre klerikale Arbeit geleistet

hatte, die zu einem großen Teil von antisemitischen und nationalistischen Stimmungen geleitet wurde. So wird die Katholische Aktion auch von dieser Seite als ein Instrument der Kirchenhierarchie verstanden, mit dem sie massiv in die Tagespolitik einzugreifen gedenkt.

Die Gründung der Katholischen Aktion dient sicher aber auch dazu, die in der Kirche sich bildenden informellen Gruppen, wie die charismatischen Erneuerungsbewegungen, oder auch die die Gesellschaft evangelisieren wollenden Bewegungen, wie die Bewegung „Licht-Leben“ (Ruch „Swiatlo-Zycie“) stärker zu kontrollieren. Diese Bewegungen sind zwar von der Kirchenhierarchie zugelassen, entwickeln aber mit der Zeit häufig ein elitäres eigenständiges Leben, das mit der konkreten Pfarrgemeindefarbeit nichts mehr zu tun hat.

Einen wichtigen Teil nimmt die Arbeit mit den Massenmedien ein. Bereits vor der Regierungsübernahme des Katholiken Tadeusz Mazowiecki im September 1989 baute die katholische Kirche systematisch ein Diözesanzeitungsnetz aus. Bis zu Beginn der 80er Jahre gab es immerhin bereits etwa zehn landesweit verkaufte nichtwissenschaftliche Publikationsorgane, die unter der Obhut der Kirche herausgegeben wurden. In den 80er Jahren wurde die Erlaubnis zur Herausgabe von Diözesanzeitungen von Staatsseite großzügig gehandhabt. Diese Zeitungen haben in der Regel einen mehr geistlich-theologischen Charakter, versuchen aber volkstümlich auf die Gläubigen erzieherisch im Sinne der Kirchenlehre einzugehen. Je nach Möglichkeiten in Abhängigkeit vom örtlichen Zensor versuchte man bereits vor der Aufhebung der Pressezensur im Jahre 1989 mit ihrer Hilfe politisch Einfluß zu nehmen.

Grundsätzlich muß man zwischen Diözesanzeitungen, bei denen meist ein Priester Chefredakteur ist, und von Laien herausgegebenen, aber mit dem Episkopat

verbundenen Publikationen unterscheiden, die meist einen direkteren Bezug zum politischen und gesellschaftlichen Leben haben. Zum letzteren gehören die Wochenzeitungen *Tygodnik Powszechny* (Allgemeines Wochenblatt) aus Krakau und *Lad* (Die Ordnung) aus Warschau, sowie einige mehr theoretische Monatszeitschriften, wie die bereits erwähnten *Wież* und *Znak*, aber auch *Chrzescijanin w swiecie* (Der Christ in der Welt), wie *Lad* zu einer nationalkonservativen katholischen Strömung gehörend. Ergänzt werden diese von Publikationen verschiedener Orden, wie z.B. den Monatszeitschriften *W drodze* (Auf dem Wege) der Dominikaner und *Przegląd Powszechny* (Allgemeiner Rundblick) der Jesuiten. Die Laienzeitungen hatten das Privileg, sich wie die Diözesanzeitungen „katholische Zeitung“ zu nennen und hatten, soweit sie nicht von einem Priester geleitet wurden, in der Redaktion einen Kirchenassistenten. Beides dokumentierte für die Leserin und den Leser, daß diese Zeitungen vom Episkopat als authentisch katholisch angesehen wurden. Diese Feststellung ist insofern wichtig, als es neben diesen vom Episkopat als katholisch akzeptierten Zeitungen noch andere gab, deren Herausgeber zwar auch den Anspruch hatten, eine katholische Zeitung zu verlegen, aber sie wurden wegen ihrer Nähe zu den Regierungen der Volksrepublik nicht als authentisch katholisch anerkannt und durften sich deshalb auch nicht „katholische Zeitung“ nennen. Bekannteste Zeitung war die Tageszeitung „*Slowo Powszechnie*“ der Gruppe PAX.

Nach 1989 umfaßte die Arbeit in den Massenmedien auch Radio und Fernsehen im breiten Maßstab. Mittlerweile gibt es in vielen Gebieten Polens meist lokale katholische Fernseh- und Rundfunkstationen, von denen die bekannteste wahrscheinlich *Radio Maryja* ist. Sie bemüht sich um eine polenweite Sendeerlaubnis. Diese Stationen verbreiten religiös-erzieherische Sendun-

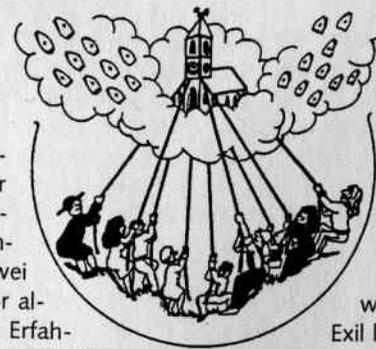
gen, offiziell parteineutral, aber auch aktuelle Reportagen aus der Region wie auch die allgemeinen Nachrichten oder die, die die Arbeit der Kirche berühren. Eine wichtige Stütze für ihre Arbeit ist die seit Dezember 1993 existierende Katholische Informationsagentur (KAI). Viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Stationen sind katholische Laien.

Neben der römisch-katholischen Kirche gibt es noch die unierte Kirche mit eigenen Kirchenprovinzen und eigenständiger Hierarchie, die direkt dem Papst verantwortlich ist. Diese Kirche hat sich 1596 von der orthodoxen Kirche abgespalten und sich dem römisch-katholischen Papst unterstellt. Ihre Mitglieder gehören in der Regel der ukrainischen Nationalität an. Während der Zeit der Volksrepublik gab es diese Kirche nicht, ihre Gläubigen wurden als römisch-katholisch betrachtet. Ihre Einrichtungen wurden, soweit sie nicht staatlicherseits beschlagnahmt und genutzt wurden, der römisch-katholischen Kirche überlassen. Eigene Bischöfe und Kirchenprovinzen wurden erst nach 1989 ernannt bzw. gegründet. Das Verhältnis zwischen einem Teil der römisch-katholischen Kirche und der unierten Kirche ist gespannt. Ihre Konflikte werden aufgrund der unterschiedlichen Nationalität der Angehörigen schnell zu nationalen zwischen polnischen und ukrainischen Nationalisten. Über Polen hinaus bekannt wurde die Auseinandersetzung Anfang der 90er Jahre um die Kirche in *Przemysl*, die der unierten Kirche vom polnischen Episkopat als vorläufiger Hauptsitz zur Verfügung gestellt werden sollte. Die örtlichen römisch-katholischen Gläubigen einschließlich der dort die Kirche versorgenden Orden wehrten sich so massiv dagegen, daß von diesem Plan abgesehen werden mußte und eine andere Kirche stattdessen der Unierten Kirche übergeben wurde. Dieser Konflikt wurde von nationalistischen Kreisen in Polen massiv geschürt.

Die Bevölkerung und die Kirche

Die Haltung großer Teile der gläubigen polnischen Bevölkerung war der katholischen Kirchenhierarchie gegenüber immer zwiespältig. Zwei Gründe waren hierfür vor allem verantwortlich: Die Erfahrungen mit ihr in der Zeit von 1918 bis 1939 waren nicht sehr positiv. In dieser Zeit, die von scharfen sozialen Kontrasten geprägt war, war die katholische Kirchenhierarchie bis auf wenige Ausnahmen eng mit den konservativen und reaktionären Kreisen der Gesellschaft verbunden. Die katholische Kirche hatte gegenüber den anderen Kirchen eine privilegierte verfassungsmäßige Stellung und versuchte, der Gesellschaft ihren Stempel aufzudrücken. So forderte sie die rigorose Beachtung der kirchlichen Lebensregeln, führte Kämpfe gegen den moralischen Sittenverfall, war zu einem großen Teil stark nationalistisch und antisemitisch geprägt. Man muß dabei beachten, daß die Bevölkerung Polens damals zu einem Drittel aus nationalen Minderheiten, wie WeißrussInnen, UkrainerInnen, Deutschen usw. bestand, dazu zehn Prozent der Bevölkerung jüdischen Glaubens war. Es gab in dieser Zeit eine starke antiklerikale Bewegung, nicht nur unter den städtischen Bewohnerinnen und Bewohnern, sondern auch auf dem Lande. Das alles bedeutete aber nicht, daß man nicht mehr katholisch war oder sich nicht mehr mit der Kirche als moralische und kraftpendende Kraft verbunden fühlte. Man trennte dies von den politischen Bestrebungen der Kirchenhierarchie ab und akzeptierte nur den zweiten Teil.

Den politischen Teil der Kirche wie auch die Gesellschaftsverhältnisse insgesamt wollten große Teile der Bevölkerung nach



1945 nicht wieder haben, was nicht gleichbedeutend war, daß man nicht mehr katholisch sein wollte. Viele hatten nichts gegen ein neues Gesellschaftssystem, wollten aber nicht das neue, von außen aufgezwungene Sowjetsystem. Der ab 1950 im

Exil lebende Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger von 1980, Czeslaw Milosz, drückte das so aus: „Ich sehnte mich auch nicht nach der sozialen und gesellschaftlichen Ordnung in Polen vor dem Kriege, und wer von ihrer Auferstehung träumte, war mein Gegner. In diesem Sinne stimmte mein Dienst in der (polnischen, d.Verf.) Botschaft mit meiner Überzeugung überein. Aber ich wünschte meinem Land ein besseres Schicksal als das einer Provinz Stalins.“ (Czeslaw Milosz, *West und Östliches Gelände*, Köln, Berlin, o.J., S. 305)

Wie eine Umfrage unter Studentinnen und Studenten Warschaus 1957 zeigt, gab es einerseits eine Akzeptanz des neuen Systems, andererseits aber auch eine Skepsis gegenüber der durchgeführten Form. Eine Besprechung dieser Umfrage von 1957 wurde 1988 in der Mai- und Juninummer von *Przegląd Powszechny* (Allgemeiner Rundblick), einer Monatszeitschrift der Jesuiten – seit 1982 vom Staat wieder zugelassen – vom Soziologen Stefan Nowak veröffentlicht, der dabei feststellte, daß die Ergebnisse seiner Meinung nach durchaus auf breite Teile der damaligen Bevölkerung zugetroffen haben. Deutlich bei dieser Befragung wird, daß ein wesentlicher Fehler derjenigen, die „katholisch“ und „antisozialistisch“ gleichsetzen, darin besteht, daß sie das tun, während es große Teile der polnischen Bevölkerung nicht taten. Für die meisten Polinnen und Polen sollte die Religion Privatsache sein – so wie es heute ih-

rer Meinung nach auch sein sollte. Mit Politik sollte sie nichts zu tun haben. So reagierten die Befragten auch mit einem völligen Unverständnis auf die Frage nach der politischen Funktion der Kirche und der Religion. Obwohl sich gut 70 % der Befragten als Gläubige bezeichneten, akzeptierten fast 90% die Nationalisierung der Grundlagenindustrie (Kohle, Eisen und Stahl, d.Red.) und etwa 70 % stimmten dem „Sozialismus“ zu, über 50 % der zentralen Planwirtschaft usw.

Auch die Monatszeitschrift *Wież* ist ein deutliches Zeugnis dafür, daß in den ersten beiden Jahrzehnten nach Ende des II. Weltkrieges die Formel „katholisch“ also „antisozialistisch“ nicht automatisch aufging. Diese 1958, d.h. also nach dem polnischen Oktober 1956 gegründete Zeitschrift hatte ein eindeutig katholisches Selbstverständnis, stand gleichzeitig aber dem Sozialismus positiv gegenüber. „Wir meinten, daß die sozialen Vorschläge des Sozialismus annehmbar seien... Der Sozialismus verband sich für uns...mit der Gestaltung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der es mehr Lebensqualität, mehr zivilisatorischen Fortschritt und in der Konsequenz auch mehr Freiheit geben wird. ...Wir waren für die Einebnung der sozialen Unterschiede, für den gesellschaftlichen, materiellen, beruflichen, bildungsmäßigen und kulturellen Aufstieg der Menschen aus den Niederungen der sozialen Leiter, für die Modernisierung der gesellschaftlichen Struktur“, äußert sich in einem Interview zum 30. Jahrestag des ersten Erscheinens von *Wież* sein Chefredakteur Wojciech Wiczorek über die Grundeinstellungen der damaligen Herausgeber. (*Wież* Nr. 2 v. Febr. 1988, S. 6-7). Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel wurde deshalb als richtig zur Erreichung dieser Ziele angesehen. Rückblickend bezeichnet in dem Gespräch Wiczorek die Zeitschrift *Wież* als den linken Flügel der Bewegung *Znak*, im Unter-

schied zu der vom Neopositivismus beeinflussten Zeitungen dieser Bewegung *Tygodnik Powszechny* und *Znak*. Man kann sicherlich davon ausgehen, daß die damals sehr konservative, im Kern antisozialistische Kirchenhierarchie diese Zeitschrift nur deshalb als „katholische“ akzeptierte, weil sie die Ansichten eines nennenswerten Teils der sich mit der Kirche, und nicht der Partei, verbunden fühlenden Katholikinnen und Katholiken Polens repräsentierte.

Die Untersuchung über die Studentinnen und Studenten Warschau förderte aber noch etwas anderes zutage: Viele, die für den Sozialismus als Gesellschaftsformation eintraten, und das waren immerhin fast 70%, lehnten den Marxismus als Leitideologie ab. Nur 2% bezeichneten sich als Marxistinnen oder Marxisten. Wichtig war für sie denn auch die katholische Religion als moralisches Gegengewicht einer zu materialisierten staatlichen Praxis.

Und hier wird auch die andere Seite des Verhältnisses großer Teile der Bevölkerung zur katholischen Kirche deutlich: Sie ist notwendig, will man nicht einer völligen Verweltlichung, d.h. einer moralischen Desorientierung unterliegen. So sehr man auch die materiellen gesellschaftlichen Veränderungen und Fortschritte begrüßte, so sehr lehnte man gleichzeitig die Versuche von Staatsseite ab, das gesamte Leben, eben auch das geistige, zu bestimmen. Die Hinwendung zur Kirche, oder besser, das sich nicht massenhafte Abwenden von der Kirche, wie es in den 60er Jahren in den westlichen Ländern immer deutlicher geschah, war auch notwendig für den Erhalt der eigenen Tradition und Kultur, d.h. der eigenen Identität. Das geschah weitgehend spontan, aus einem inneren Gefühl heraus, war aber durchaus ein Akt des Widerstandes gegen die Allmacht des Staates.

Trotzdem war auch in dieser Hinsicht das Verhältnis zur katholischen Kirche zwiespältig. Man bewies ihr gegenüber

eine große Treue, ja man schützte sie aktiv gegen die Eingriffe des Staates, ließ sich aber trotzdem nicht von ihr ins tägliche Leben reinreden. Wenn man mal von Fragen wie Ehescheidung und Abtreibung absieht, wo die Kirche auch aufgrund der Wohnverhältnisse, nicht vorhandenen Verhü-

tungsmittel usw. objektiv keine Chance hatte, sich bei den Gläubigen durchzusetzen, so hatten die Gläubigen auch gegenüber allgemeinen Glaubenswahrheiten oder dem gesellschaftlichen Verhalten der Kirche gegenüber oft eine andere Meinung. Wohl gemerkt: eine andere, nicht „keine

Abo und Geschenk-Abo »CuS«

Seit 1948 erscheint die Vierteljahreszeitschrift der deutschen Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten: »Christ und Sozialist/Christin und Sozialistin (CuS)«

Das Jahresabo kostet DM 20,- (Ausland DM 25,-) incl. Versand. Die tatsächlichen Kosten können durch ein »Förder-Abo« gedeckt werden, um das wir unsere LeserInnen mit eigenem Einkommen bitten. Der Preis für dieses Förder-Abo beträgt DM 30,-, DM 50,- oder mehr. Der Mitgliedsbeitrag im Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten beträgt zur Zeit DM 70,- pro Jahr; darin enthalten ist das Abo für »CuS« sowie der Mitglieder-Rundbrief. Beträge über DM 20,- sind steuerlich absetzbar.

Kopieren oder ausschneiden und einsenden an: BRSD, Pf. 25 21, 72015 Tübingen

Ich möchte Mitglied werden im BRSD (Bezug von »CuS« inclusive!)

Hiermit abonniere ich »CuS« ab Heft Nr.:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr.

Hiermit bestelle ich ein Geschenk-Abo von »CuS« ab Heft Nr.: bis

Heft Nr.: /bis auf Widerruf für

Name
und

Anschrift:

zum Bezugspreis von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

zum Förderpreis von DM im Jahr

BestellerIn:

Datum: _____ Unterschrift: _____

Meinung“. Bezüglich der Glaubenswahrheiten, moralischen Grundsätzen usw. wird dieses Phänomen auch heute wieder festgestellt, ist aber überhaupt nicht neu. In einem Mitte der 80er Jahre im katholischen Buchhandel in Polen ohne Probleme zugänglichen Buch, einer Aufsatzsammlung des kirchlichen Religionssoziologen der katholischen Universität Lublin, des Professors und Priesters Wladyslaw Piwowarski, das die bischöfliche Imprimatur am 11. 11. 1983 erhielt, kann man das alles nachlesen. Hier, aber auch in ähnlichen Büchern, wurde zum Schrecken der Kirchensoziologen dokumentiert, daß nur sehr selektiv die Glaubenswahrheiten angenommen werden: So betrachten beispielsweise nur 43,9% der Bevölkerung Warschaus Ende

der 70er Jahre das Christentum als die einzig wahre Religion (ebenda S. 233/34). Auch der Gottesdienstbesuch ging langsam aber sicher bis zu den 80er Jahren hin zurück (S. 108).

Wie wenig die katholische Kirche ausgerichtet konnte, wenn die Bevölkerung eigenständig handelte, zeigte sich Anfang 1980, als Solidarnosc noch nicht gegründet war. Während der massenhaften Streikaktionen rief der oberste polnische Katholik und große Anerkennung in breiten Teilen der Bevölkerung und bei den streikenden Arbeiterinnen und Arbeitern besitzende Kardinal Wyszynski öffentlich auf, die Streiks zu beenden und wieder an die Arbeit zu gehen, denn das Land versinke sonst im Chaos. Dieser Aufruf ging voll-

Der Preis des Abos ist am Anfang des Kalenderjahres auf unser Konto beim Postgiroamt Dortmund Nr. 189 389-464 (BLZ 440 100 46) zu überweisen. Leichter geht es für beide Teile, wenn Sie uns eine Abbuchungserlaubnis erteilen (auch »Alt-AbonnentInnen«).

KontoinhaberIn:

Anschrift:

Hiermit ermächtige ich den Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. widerruflich

eine einmalige Spende in Höhe von DM .

die Abo-Gebühr für »CuS« von DM 20,- (Ausland DM 25,-) im Jahr,

die Gebühr für ein Förder-Abo in Höhe von DM im Jahr von meinem

Konto bei der (Kreditinstitut)

BLZ Konto-Nr. einzuziehen.

Datum: Unterschrift:

Die Abbuchungsermächtigung bezieht sich auf ein Neu-Abo Alt-Abo

kommen ins Leere, die Menschen streikten weiter, und einige Tage später mußte eine neue Interpretation der Worte Wyszynskis geliefert werden, denn sein Aufruf führte zu großer Empörung gegen die Kirche. Nach Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. 12. 1981 wurden ängstliche Priester von den Gläubigen gezwungen, die Untergrundsolidarnosc in ihren Räumen zu dulden, da sonst keine Kollekte mehr von der dort wohnenden Bevölkerung bezahlt würde. Ähnliche Beispiele gibt es viele.

Diese Haltung, seine moralischen und gesellschaftspolitischen Entscheidungen nicht von der Kirche abhängig zu machen, setzte sich nach 1989, d.h. nach der Wiedererrichtung eines bürgerlich-demokratischen Polens fort. So gelang es der katholischen Kirche nicht, in der Bevölkerung eine Mehrheit für ein rigoroses Abtreibungsgesetz zu gewinnen, oder soweit auf die Bevölkerung Einfluß zu nehmen, daß diese bei den Parlamentswahlen sowohl 1989, wie auch 1991 und 1993 der Kirche nahestehende oder ihr eng verbundene Parteien wie die Christlich-Nationale Vereinigung (ZChN) massenhaft wählte. Das Gegenteil war der Fall: Der Versuch, bei den Wahlen 1991 durch Aufrufe von der Kanzel eine zahlenmäßig starke Fraktion der ZChN in das Parlament zu bekommen, hatte nur bescheidenen Erfolg, 1993 schaffte die ZChN mit ihrem Bündnis noch nicht einmal den Einzug ins Parlament.

Diese beliebig vermehrbaren Beispiele sollen nur zeigen, daß das Bild vom gläubigen, der katholischen Kirche nahezu blind folgenden Polen weder vor noch nach 1989 stimmt. Wie das Beispiel für die Zeit nach Ausrufung des Kriegsrechtes zeigt, war es eher die ansässige Bevölkerung, die der Kirche ihr Handeln aufzwang. Denn bei aller Unterstützung für Solidarnosc gab es doch viele Priester und Bischöfe, denen das eigenständige Handeln und die Entstehung der Solidarnosc als eigenständige

demokratische Kraft Sorgen bereitete. Aber auch das Bild von der unter demokratischen Verhältnissen erwachenden Polin, die jetzt endlich beginnt, sich kritisch mit der Kirche auseinanderzusetzen, stimmt ebensowenig. Eine kritische Haltung hat immer einen großen Teil der Gläubigen ausgezeichnet und er hat das auch der Kirche gegenüber deutlich gemacht. Nur hat das nicht dazu geführt, unsolidarisch ihr gegenüber zu sein, wie sich ja auch die Kirche ihnen gegenüber solidarisch zeigte. Man darf ja nicht vergessen, daß v.a. in den 70er und 80er Jahren die Kirchenräume Orte der offenen Diskussion über die Gesellschaftsverhältnisse in Polen waren, wo die Teilnahme von Seiten der Kirche nicht von der Beachtung der katholischen Glaubensgrundsätze abhängig gemacht wurde. Auch linksoppositionelle Personen wie Adam Michnik, Jacek Kuron, Ryszard Bugaj usw. konnten unter Pseudonym in den Kirchenzeitungen veröffentlichen, wurden interviewt usw. Und insofern bestand durchaus eine Einheit zwischen Kirche und einem Großteil der Bevölkerung gegenüber dem volksdemokratischen System. Wenn sich zu heute etwas verändert hat, dann nur die Tatsache, daß man die Kirche nicht mehr vor einem übermächtigen Staat schützen muß. Für die Mehrheit der Bevölkerung ist es wohl keine Überraschung, daß die Kirchenhierarchie teilweise massiv ins politische Tagesgeschäft wie bei den Wahlen eingreift und Partei ist. Man lehnt das ab, wie Umfragen eindeutig zeigen, aber es ist kein Grund, deshalb nicht mehr in die heilige Messe zu gehen. Dorthin geht man weiter, denn Trost und Kraft im Glauben braucht man weiter.

Der zu beobachtende Rückgang der Besucherzahlen bei der wöchentlichen heiligen Messe scheint bisher gering und v.a. die zu betreffen, die in den 80er Jahren als Zeichen des Protestes gegen den Staat – „Wir erkennen eure Autorität nicht an!“ –

in die Messe gingen oder an Pilgerzügen teilnahmen. Ein zukünftiger Rückgang wird sicherlich nicht damit zu begründen sein, daß jetzt den Gläubigen der wahre Charakter der katholischen Kirche deutlich wird, die nur machthungrig sei, sondern damit, daß die Gläubigen der Kirche bescheinigen, daß sie es nicht vermochte, ihre offene Form der Arbeit mit Gläubigen wie Ungläubigen zu Zeiten der Volksrepublik durchzuhalten, sondern in eine autoritäre Form der Glaubensvermittlung zurückgefallen ist, die auch in einen immer breiteren Teil des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens eingreifen will. Viele Gläubige wollen darüberhinaus nicht als zu leitende Schafe betrachtet werden, sondern als eigenständig denkende, nach dem Sinn des Lebens suchende oder strebende gleichberechtigte Subjekte. Dies wird deutlich, wenn man die Umfragen unter der Bevölkerung zum Einfluß der Kirche betrachtet:

Die katholische Kirche hat nach Meinung der Bevölkerung jetzt bereits zuviel Einfluß in der Politik: 70% der Bevölkerung meinten laut Umfrage im April/Mai 1994, daß der Einfluß der katholischen Kirche im gesellschaftlich-politischen Leben auf die religiösen Praktiken reduziert werden muß, nur 4% der Befragten meinten, daß er bedeutend sein muß (Wprost 21 v. 22. 5. 1994, S. 5); im Mai 1994 schätzten nur 1/3 der Befragten die öffentliche Tätigkeit der Kirche positiv (Januar 1991: über 70%!); aber über die Hälfte ihre Tätigkeit negativ ein (ZW 143 v. 21. 6. 1994); 70% sprechen sich laut CBOS-Um-



frage für die von der Kirchenhierarchie heftig bekämpfte Vorschrift in der Verfassung aus, daß Polen ein weltanschaulich neutraler Staat sei (Wprost 51 v. 18. 12. 1994, S.5).

Die drei Hauptströmungen heute

Die gesellschaftlichen Veränderungen führten nun dazu, daß heute um die Bewertung von Veränderungen sichtbar in der katholischen Kirche gestritten wird. Diese Diskussionen finden öffentlich in den Kirchenzeitungen, über Interviews in weltlichen Zeitungen sowie in Rundfunk und Fernsehen statt. Dabei kristallisieren sich drei Hauptströmungen heraus:

Die westeuropäisch orientierte Strömung tritt für eine moderne, pluralistisch-offene Gesellschaft ein sowie für ein partnerschaftliches Verhältnis von Laien und Geistlichen, was nicht bedeutet, den hierarchischen Aufbau der katholischen Kirche grundsätzlich in Frage zu stellen – Hauptrepräsentanten sind hier Zeitungen wie Tygodnik Powszechny, Znak, Wiez, örtliche Geistliche, der frühere „Solidarnosc-Priester“ Jozef Tischner, der im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte steht und eng mit TP verbunden ist, Politiker wie Tadeusz Mazowiecki usw. Politisch stehen sie der deutschen Christdemokratie mit ihren Sozialausschüssen nahe, wobei eine große Naivität im Glauben an deren Möglichkeiten steckt wie überhaupt an unseren „demokratischen“ Kapitalismus – insgesamt sind sie weltoffen, aufmerksam gegenüber nationalistischen und antisemitischen Tendenzen, besitzen in der Regel eine hohe moralische Integrität, was sie in ihrer großen Mehrheit von unseren führenden deutschen Christdemokraten und Christdemokratinnen eher unterscheidet. Gestützt werden sie auch

durch die unabhängige liberale Tageszeitung Gazeta Wyborcza (Wahlzeitung), deren Chefredakteur Adam Michnik ist.

Die Integristen sind konservativ-traditionalistisch, schreiben den Geistlichen eine betreuende, erzieherische Aufgabe gegenüber den Gläubigen zu, stehen dem modernistischen Westen skeptisch bis ablehnend gegenüber und haben deutlich nationalistische und antisemitische Züge – zu ihnen gehören große Teile des Klerus und der Hierarchie, u.a. Kardinal Glemp, die von großen Teilen des Klerus unterstützte ZChN, mit der populistischen Rechten verbundene Priester, die Wochenzeitschrift Lad, die katholische Tageszeitung „Slowo-Dziennik Katolicki“ (Das Wort – katholische Tageszeitung), die aus Slowo Powszechny (s.o.) hervorgegangen ist – diese Option dürfte heute in der Hierarchie noch eine deutliche Mehrheit besitzen.

Die Pragmatiker vertreten einerseits die klassisch traditionell-konservativen Werte wie Familie, Religion, Nation, Autorität des Staates und der Kirche sowie hierarchische Vorstellungen gegenüber dem „sündigen“ Gläubigen, sehen aber andererseits, daß sich die Gläubigen nicht kritiklos anleiten lassen, man muß sich schon bemühen, sie zu überzeugen. Zu dieser Gruppe zählt der Generalsekretär des Episkopats, Bischof Pieronek, einige der Bischöfe, wie auch viele in der praktischen Arbeit stehende Priester und Laien – ihre Arbeit ist meist stark von humanistischen, weitgehend ideologiefreiem Denken geprägt, sie wollen helfen und die Gläubigen zum Seelenfrieden führen; wenn sie auch oft national geprägt sind, so ist ihnen nationalistisches oder minderheitenfeindliches Denken, z.B. gegenüber Aidskranken, wie es bei etlichen Integristen häufig zu finden ist, fremd.

Diese Differenzierung ist sicherlich wichtiger, um den heutigen Katholizismus Polens zu begreifen, als die vordergründigen Gemeinsamkeiten. Selbstverständlich

sind die Übergänge zu den Strömungen fließend. In der Regel sehen sich nahezu alle auf der politischen Bühne agierenden Katholikinnen und Katholiken als rechtsstehend, die eine oder der andere vorsichtig sozialliberal, aber mit starkem konservativem Hang. Dabei gehen sie meist davon aus, daß links sein, die traditionellen Werte wie Familie, Vaterland, Religion weitgehend abzulehnen bedeutet. So heißt sich politisch rechts einseitig erstmal wenig, wenn man rechtsstehend in unserem deutschen Verständnis auffaßt.

Der Hauptkonflikt in der Kirche heute: Wie steht man zur Welt, in der man lebt?

Die westeuropäische Strömung tritt wie die der Integristen und PragmatikerInnen auch für die „traditionellen“ Werte wie die Familie, Gott und Vaterland ein und sieht in Polen aufgrund der Geschichte und der damit verbundenen Tradition dort eine enge Verbindung zur katholischen Kirche, aber sie erkennt „neue“ Werte an und tritt für deren Verwirklichung ein. Individuelle Freiheitsrechte, Gleichheit der Völker, Meinungsfreiheit, Offenheit gegenüber den Problemen der Gesellschaft sind wichtige Anliegen dieser Strömung. Dabei versucht sie auch eine offene und ehrliche Haltung gegenüber der polnischen Geschichte einzunehmen. Überall so auch hier stoßen sie offen mit den Integristen zusammen.

So wurde in der Zeitung Tygodnik Powszechny das Verhalten eines Großteils der polnischen Bevölkerung während der faschistischen deutschen Besatzung sehr differenziert aufgearbeitet. Bereits 1987 fand in ihren Spalten hierüber eine Auseinandersetzung statt, die Jan Blonski mit einem Aufsatz unter der Überschrift „Arme Polen schauen aufs Ghetto...“ begann. Die dort eingenommene Ausgangsposition war beispielhaft. Man suchte unabhängig von der Schuld anderer, speziell der Deutschen, das Verhalten der Polinnen und Polen aufzuar-

beiten. Man kam zu dem Ergebnis, daß sich Polen gegenüber den Juden schuldig gemacht haben, denn sie halfen oftmals den Jüdinnen und Juden nicht, sondern schauten weg. Über diese moralische Verantwortung schrieb Blonski, später unterstützt vom Chefredakteur Jerzy Turowicz, ohne in das andere Extrem zu verfallen und den Polinnen und Polen die Mitverantwortung an der Judenvernichtung zuzuschreiben. Es gab nämlich keine aktive Zusammenarbeit, von seltenen individuellen Ausnahmen abgesehen, mit den Deutschen gegenüber den Jüdinnen und Juden. Deshalb gibt es auch keine Mitverantwortung an der Judenvernichtung. Die war und bleibt, so Blonski zu Recht, alleinige Verantwortung der Deutschen.

Aber überhaupt über die moralische Schuld der im Krieg so gelitten habenden Polinnen und Polen zu sprechen, war für die Integristen bereits von Übel. Man beschmutze das polnische Volk, das auch von den Deutschen verfolgt worden sei usw. Ähnliches spielte sich auch in diesem Jahr um den 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ab, wo die Zeitung Tygodnik Powszechny die Vorbehalte der Jüdinnen und Juden gegen die ihrer Ansicht nach stattfindende Christianisierung von Auschwitz durchaus akzeptierte, wenn auch nicht vollständig teilte, die Integristen aber dem jüdischen Leiden gleichberechtigt das polnische Leiden gegenüberstellten und damit alle Kritik an Polen zurückwiesen.

Auf der politischen Ebene lehnen die Westeuropäerinnen und Westeuropäer, die meist der Partei UW (Unia Wolności-Freiheitsunion) nahestehen, die Gründung einer christlichen oder – noch enger – katholischen Partei ab, denn ob jemand eine christliche bzw. katholische Politik mache, hänge nicht vom Namen der Partei ab, sondern von den Grundsätzen, die jede Person

individuell als Ausgangspunkt einnimmt. Ähnliches gilt für sie für Versuche, die Respektierung christlicher Werte als Grundlage der Arbeit öffentlicher Einrichtungen festzuschreiben, wie es die Integristen im Rundfunk- und Fernsehgesetz initiierten und durchsetzten.

Innerkirchlich, jetzt verstanden als Dialog der Laien wie der Geistlichen untereinander, wie auch außerkirchlich treten die Westeuropäer als Anhänger des gegenseitigen Zuhörens und Verstehens auf. So äußert sich der Redemptorist Miroslaw Pawliszyn in der Gazeta Wyborcza (Wahlzeitung) vom 13. 4. 1991, einer liberalen Tageszeitung, vielleicht vergleichbar mit der Frankfurter Rundschau: „Es fehlt an einer aufmerksamen Offenheit für die Argumente der <anderen Seite>, d.h. derer, die eine andere Weltanschauung vertreten, zu der sie doch ein unbestreitbares Recht haben. Als Antwort auf konkrete Vorwürfe gegenüber der Kirche ist öfters eine Empörung zu bemerken, als ein sachliches, ruhiges Annehmen des Problems. ... Der Dialog mit der Welt wird eher aus der Position des <Besitzers der Wahrheit> und nicht als <Diener der Wahrheit> geführt. ... Die Wahrheit ist immer <vor> uns und es geht darum, daß wir uns auf dem Weg zu ihr gegenseitig helfen“.



Diese Position wird weder von den Integristen akzeptiert, noch von den Pragmatikern. So äußert sich der Generalsekretär Tadeusz Pieronek in einem Interview: „Es gibt zielgerichtet lancierte Fragen, wie die Abtreibung, Heirat von Homosexuellen als Errungenschaften der modernen Menschheit. Ich meine, daß der Papst in einer hervorragenden Weise seine Stimme erhob, dadurch, daß er nicht den Gegner angriff, sondern eine positive Auslegung der christlichen Lehre gab. **Wenn Leute glauben, so sollen sie daraus alle Konsequenzen ziehen, sich im Leben an die Grundlagen des Evangeliums anpassen. Man kann diese zurückweisen, denn der Mensch hat die Freiheit dazu, aber er soll dann nicht sagen, er sei ein Christ**“ (Hervorh. v. Verf.).

Diese Haltung – „Christ ist, wer dem Papst und damit der Kirche zustimmt“ – hat ihre Basis in einem anderen Verständnis von Glauben und Lehren als bei den Europäern. Die Integristen wie die Pragmatiker meinen, das Volk der Gläubigen führen und vor dem Bösen bewahren zu müssen. Andersgläubige werden entweder vom Richtigen überzeugt oder lassen es bleiben. Es gibt faktisch keinen umgekehrten Lernprozeß. Die Möglichkeit zu akzeptieren, von Nichtgläubigen oder Laien zu lernen, bedeutet für sie, dem Modernismus der Welt nachzugeben, vor der Säkularisierung zu kapitulieren usw. Diese Kräfte innerhalb der katholischen Gläubigen, die dieses Lernen nicht nur als Möglichkeit, sondern als notwendig ansehen, nennt eine exponierte Vertreterin der Integristen, die Zeitschrift Lad, „linke Elite“, die die katholische Intelligenz betrogen hat, oder charakterisiert sie abwertend als „katholische Linke“. Damit aber, so nach Meinung der Integristen, bereitet diese „linke“ katholische Strömung, die eigentlich gar nicht mehr katholisch sei, dem moralischen Verfall der Gesellschaft den Weg. Diesem moralischen Verfall könne man nur mit Hilfe klarer und conse-

quent durchgesetzter Vorstellungen Einhalt gebieten. Deshalb sei auch die Forderung nach Trennung von Kirche und öffentlich-staatlichem Leben falsch, denn das führe nur zu einer Atheisierung der Gesellschaft und damit zu deren Niedergang.

Die Pragmatiker und die Integristen unterscheiden sich voneinander darin, wie sie katholische Vorstellungen langfristig durchzusetzen gedenken. Die Integristen neigen dazu, sich direkt aktive politische Organisationen zu schaffen oder sich mit ihnen zu verbinden, wie das z.B. beim Aufruf zur Parlamentswahl 1991 geschah, ZChN zu wählen oder bei den derzeitigen Versuchen, bei der Bildung eines starken Rechtsblocks aktiv durch Intervention und Organisation von Versammlungen ihrer Repräsentanten in Kirchenräumen zu helfen, geschieht. Die Pragmatiker halten sich eher fern von solchen Aktivitäten, denn mit deren Mißlingen verbinden sich auch Ansehensverluste der Kirche selbst. So äußert sich Pieronek in einem Interview zu dem für die rechten und der Kirche nahestehenden Parteien verheerenden Wahlausgang am 19. 9. 1993: „In den Sejm kamen nicht die führenden christdemokratischen Gruppierungen. Aber das ist ihre Angelegenheit. Sollen sie denn bessere Arbeit machen...“.

Resümee

Die katholische Kirche ist nicht so einheitlich, v.a. nicht so einheitlich reaktionär-konservativ, wie meist beschrieben. Wenn es gelungen ist, den Blick freier zu bekommen bei der Beobachtung des polnischen Katholizismus, ist bereits viel gewonnen. Man darf sich vom Dialog mit den Westeuropäern nicht durch ihre manchmal schon demütig scheinende Verehrung der westlichen Demokratien und ihrer konservativen Repräsentanten abschrecken lassen. Ihr Einsatz für Demokratie in Polen, gegen Fremdenfeindlichkeit und Minderheitenhetze, für eine offene Gesellschaft ist mei-

stens ehrlich und von tiefer, christlicher Überzeugung geprägt. Noch, scheint mir, ist ihnen taktisches Umgehen damit, um ihrer Karriere oder Profit willen, fremd. Mit

ihnen lohnt es sich ins Gespräch zu kommen, jedenfalls mehr als mit unseren führenden Christdemokratinnen und Christdemokraten.

„lean church“ – Der neue Trend

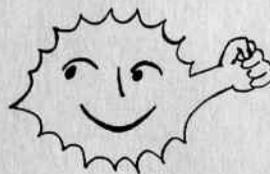
Nichts ist in unserer Kirche unmöglich. So werden jetzt 67 evangelische Gemeinden in München als Testregion von der Unternehmensberatung McKinsey analysiert. In der sog. „freien Wirtschaft“ läßt der Name McKinsey die Betriebsräte aufhören. Vielerorts, wo McKinsey untersuchte, schlug anschließend der Personalabbau zu, was die Unternehmensberatung in den Ruf des „Arbeitsplatzkillers“ brachte. Was soll also diese Truppe in unseren Gemeinden? Wie läßt sich die Seelsorge, die Verkündigung und die Diakonie „verschlanken“, damit „lean church“ und nicht „church-light“ dabei herauskommt? Will man von den Erfahrungen der Privatwirtschaft lernen, etwa von der weitgehenden Abschaffung der Lagerhaltung? Werden jetzt nach dem Prinzip „Just in Time“ bundesweit Seelsorger unterwegs sein, dorthin, wo sie gerade gebraucht werden (Statt: „Wir fahren für VW“ jetzt: „Wir fahren für Kirche und Diakonie?“.) Werden jetzt die MitarbeiterInnen in den Sozialstationen durch numeisch gesteuerte Spritzenautomaten wegrationalisiert? Es gibt aber noch ganz andere Perspektiven. So können die schweren Kirchen-Glocken durch Musik-Computer ersetzt werden. Über E-Mail werden sie automatisch und landeskirkeneinheitlich gelenkt. Bei den Gottesdiensten läuft Play-Back Musik, auch der Gemeindechor ist dadurch ersetzbar, was in vielen Gemeinden sicherlich einen Qualitätsschub mit sich brächte. Wer trotzdem noch mitsingen möchte, liest den Text von einem großen

Monitor vor dem Altar ab. Somit sind auch die Gesangbücher eingespart, und dem Regenwald ist auch gedient.

In einer zweiten Phase werden die Kirchen und Gemeindehäuser verkauft. Die wenigen Rest-KirchgängerInnen werden auf Kirchenkosten computerisiert (gesponsort von den Computerfirmen) und über Modem an den landeskirchlichen Zentralpredigtcomputer angeschlossen. So können sie bei Bedarf die neue Predigt aus der Mail-Box holen, und die Intellektuellen dürfen nach der Predigt ihren Senf dazugeben und in der Box ablegen.



4 Seiten im taz-Format
In hoher Auflage zum Verteilen:



Atomkonsens ist Nonsens

Aktionszeitung
für die sofortige Stilllegung
aller Atomanlagen

Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da. Zur Unterstützung alter und neuer Initiativen, Gruppen und aktiver Einzelpersonen gibt es im Frühjahr '95 von der Graswurzelrevolution die Anti-Atom-Aktionszeitung – zum Verteilen als ausführliches Flugblatt bei Aktionen und Veranstaltungen in nächster Zeit. **Die Themen:**

- Atomkonsensgespräche
- Neuer CASTOR-Alarm?
- Siemens-Boycott
- AKWs machen krank
- Folgen von Tschernobyl
- geplante Anti-Atom-Aktionen
- slowakisches AKW Mochovce

Wir vertreiben die Zeitung nur gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken, Einzugsermächtigung).
Mindestabnahme: 20 Stück
Die Preise: (inkl. Versandkosten)
20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM,
100 Ex.: 30 DM, 200 Ex.: 50 DM,
300 Ex.: 70 DM, 500 Ex.: 100 DM,
1000 Ex.: 160 DM, weitere Preise auf Anfrage

Bestellungen an
GWR, Kirchstr. 14,
29462 Wustrow

Große Schwierigkeiten wird McKinsey nach Meinung der CuS-Redaktion allerdings bei der Bestimmung des Produktionsziels der ev. Kirche haben. VW produziert Autos, der Bergbau Kohle, Weigl ein Defizit und die Bundeswehr Sicherheit: Was aber produziert die Kirche? Welche Dienstleistungen bietet sie und vor allem wie effektiv an? Wie effektiv wird an der Bekehrungsfront gearbeitet? Läßt sich die bisher für eine Bekehrung notwendige Arbeitszeit reduzieren? Wie sieht es mit der Flexibilisierung der Theologie aus? Wie mit der Einführung der Samstagsarbeit?

Hier sind wir alle gefordert! Wir bitten unsere Leserinnen und Leser um ihre Ideen im Rahmen des innerkirchlichen Vorschlagswesens. Bitte bei Schreiben an die Redaktion das Kennwort „Reformation“ nicht vergessen!

Bitte vormerken:

Jahrestagung des BRSD 1995

13. bis 15. Oktober
in Bad Hersfeld
Beginn: Freitagabend 18.00 Uhr
Ende: Sonntag 13.00 Uhr

Tagung mit Referentinnen
und Referenten zum Thema

Sozialismus: Ziel und / oder Utopie?

Preis für Verdienerinnen
und Verdiener 100,- DM
für Nichtverdienende ermäßigt

Anmeldung bitte an:
BRSD, Postfach 2521,
72015 Tübingen

Spendenauf Ruf 1995 – 5.000 DM für CuS Liebe Leserinnen und Leser von CuS !

Müßte sich unsere Zeitschrift CuS selber tragen, also nur aus dem Erlös der verkauften Hefte, dann wäre die sofortige Einstellung der Zeitschrift notwendig!

Das ist nicht neu. Zum letzten Mal riefen wir deshalb 1990 zu einer großen Spendenaktion auf. Damals hieß es: „Unser Ziel für 1990: 10.000 DM für »Christ und Sozialist«. Dank unserer Leserinnen und Leser haben wir damals unser Ziel erreicht. Wir setzen auch diesmal wieder auf sie!«

CuS erhielt und erhält keine Unterstützung von Parteien, Kirchen oder staatlichen Stellen. CuS wird ausschließlich aus den Abo-Einnahmen, durch die Mitgliedsbeiträge des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V. (BRSD), durch Spenden und, in zu geringem Maße, aus dem Freiverkauf finanziert.

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich. Auch die Autorinnen und Autoren erhalten keine Honorare. Trotzdem müßten wir für ein Jahresabo mindestens 35 DM (statt 20 DM) verlangen, wollten wir kostendeckend arbeiten. Die Einnahmen durch Abos und Freiverkauf (an Büchertischen, bei Kirchentagen, in einigen wenigen Buchhandlungen...) decken nicht einmal die Kosten für Layout, Druck und Versand vollständig ab. Werbungskosten und die Redaktionsarbeit (Telefon, Fahrtkosten, Kopien usw.) werden von der Redaktion selber oder vom BRSD getragen.

Den regulären Bezugspreis erhöhen möchten wir nicht, um auch Menschen mit geringem oder ohne Einkommen einen Bezug unserer Zeitschrift zu ermöglichen. Deshalb bitten wir alle Leserinnen und Leser um ihre Spende!

Wir werden weiterhin ehrenamtlich für CuS arbeiten. Trotzdem steigen die Kosten. Allein die Portokosten für den Versand haben sich in den letzten Jahren um 50% erhöht. Wir möchten versuchen, langfristig Fahrtkosten aus ökologischen und ökonomischen Gründen zu sparen. Deshalb wollen wir stärker auf die Telekommunikation setzen. Dazu benötigen wir zusätzliche Mittel für die entsprechenden Investitionen.

Unsere Zeitschrift erscheint in neuer Folge im 19. Jahrgang. Sie ist eine der wenigen linken christlichen Publikationen, die überlebt haben. Das liegt daran, daß CuS sich in den letzten Jahren weiter inhaltlich und in der äußeren Gestaltung verbessert hat. Trotzdem wird es extravagant bleiben, CuS zu lesen. Eine Zeitschrift, die das „gute Wort“ (Helmut Gollwitzer) „Sozialismus“ im Titel führt, wird in naher Zukunft keine Massenaufgabe erreichen.

Damit CuS überhaupt erhalten bleibt, bitten wir:

Spenden Sie für den Erhalt von CuS

Wandeln Sie als Verdienende Ihr Abo in ein Förder-Abo von 35 DM oder mehr um. Senden Sie uns die entsprechende Abbuchungserlaubnis aus diesem Heft. Beträge über 20 DM sind als Spende für den BRSD steuerlich absetzbar.

Werben Sie in Ihrem Bekanntenkreis neue Abonnentinnen und Abonnenten.

Unser Ziel für 1995: 5000 DM für CuS!

(BRSD e. V., – Der Bundesvorstand)

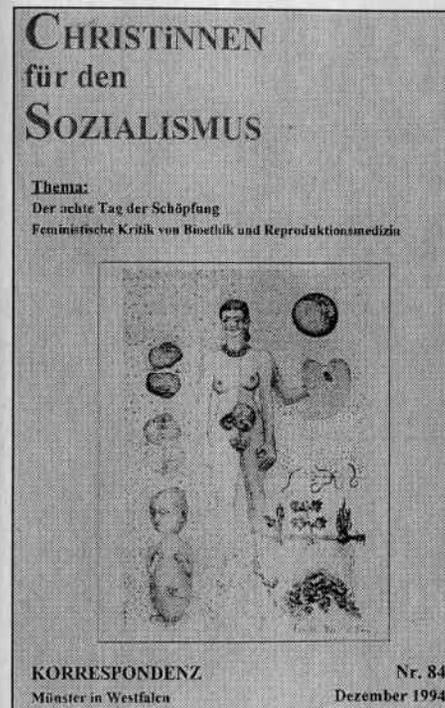
Aus befreundeten Vereinigungen

Die Krise der links-christlichen Publikationen geht weiter! Mit Schreiben vom 3.2.1995 teilte das Büro der „ChristInnen für den Sozialismus“ (CFS) den AbonnentInnen folgendes mit: „Die in Kürze erscheinende Nummer 84 der <Korrespondenz der ChristInnen für den Sozialismus>

nossInnen darauf aufmerksam, daß Heft 84 das letzte Heft sei, das in Münster erstellt werden könne. Es fand sich jedoch in der CFS keine Regionalgruppe, die bereit und in der Lage war, den Hauptschwerpunkt ihrer politischen Arbeit auf die Erstellung der Korrespondenz zu verlegen. Die letzte CFS-Delegiertenkonferenz (DK) in Bielefeld hat daher beschlossen, die Herausgabe der <Korrespondenz der ChristInnen für den Sozialismus> einzustellen. Der Wegfall der Korrespondenz bedeutet sicherlich einen Verlust und einen tiefgreifenden Einschnitt in der Geschichte der CFS in der BRD, er bedeutet jedoch keineswegs das Ende von CFS oder auch nur ihres bundesweiten Zusammenhangs ...“.

Mittlerweile ist das Heft ausgeliefert und die Redaktion nimmt im Editorial Bezug auf die Einstellung „nach 20 Jahren mit 84 Ausgaben“. „So absurd die Vorstellung von einer Bewegung ist, die in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit nichts zu sagen hat, was sich in die Form einer Zeit- und Streitschrift kleiden ließe, so scheint doch das Ende der Korrespondenz den Zustand der CFS abzubilden.“

Eine andere Zeitschrift, die bereits verloren geglaubt wurde, ist dafür wieder erschienen. Die von Klaus Körner im Auftrag der „Initiative Christliche Linke“ herausgegebene Vierteljahresschrift „Dritter Weg“ war letztmalig im Frühjahr 1994 erschienen. Die AbonnentInnen erhielten Anfang Januar 1995 die Mitteilung: „Zulange haben Sie nichts von unserer Zeitschrift <Dritter Weg> gehört. Wir waren jedoch seit der Versendung des Heftes 1/94 nicht untätig. Schon im Juli lag das nächste Heft druckreif vor, aber es fehlte an Geld. Der Kampf um Fördermittel hat uns in einer Zeit des allgemeinen Kulturabbaus zwei



wird das vorerst letzte regulär erscheinende Heft sein. Zeit ihres Bestehens wurde die Korrespondenz von einem Redaktionskollektiv (meist der im zweijährigen Turnus wechselnden Bürogruppe) erstellt. Die vergangenen zwei Jahre hatte die Münsteraner CFS-Gruppe die Herausgabe übernommen ... Schon seit Anfang des vergangenen Jahres machten uns die Münsteraner Ge-

Absagen eingebracht, die jedesmal unsere Hoffnungen auf den Druckbeginn zerstörten. Heute nun, am 12. 12. 94, erhielten wir die Zusage für eine zwar kleine Förder-summe, doch sie wird uns einen Schritt voranbringen. Wenn dann noch die letzten 60 LeserInnen für das laufende Jahr ihr Abo bezahlen, werden wir im Januar endlich zwei Hefte (2/94 und 3/94) versenden können".

Im März erreichte die LeserInnen dann die Nr. 14 des „Dritten Weges“. Im Vergleich zu den vorherigen Ausgaben fallen einige Änderungen auf: Hatten bisher die Einzelhefte 100-116 Seiten Umfang, so hat

die Nr. 14 nur noch 84 Seiten. Der Heftpreis ist von 10,-DM auf 12,-DM angehoben worden, während das Abo gleichgeblieben ist. Wichtig ist das Abgehen von der vierteljährlichen Erscheinungsweise. Das Impressum gibt jetzt als „Erscheinungsweise: unregelmäßig“ an.

Vor dem möglichen Aus steht die traditionsreiche Berliner „Kirche Aktuell“. Ob das Monatsblatt, das ehemals Organ von „Kirche in der Verantwortung“ war (hierzu zählten u.a. Gollwitzer, Scharf und Albertz) und zeitweise sogar wöchentlich erschien, 1996 weitererscheinen wird, ist derzeit noch ungeklärt.



**die uns
interessieren**

Karlheinz Lipp:

Religiöser Sozialismus und Pazifismus

Der Friedenskampf des Bundes der Religiösen Sozialisten Deutschlands
in der Weimarer Republik

222 Seiten, Preis 58,- DM

Erschienen '95 in der Centaurus-Verlagsgesellschaft Pfaffenweiler, ISBN 3-89085-909-7

Ruedi Brassel/Martin Leuenberger:

Willi Kobe – Pazifist, Sozialist und Pfarrer

Eine Lebensgeschichte der Friedensbewegung

224 Seiten, Preis 32,50 DM

Edition EXODUS, Luzern, 1994, ISBN 3-905575-89-2.

Aus einem Brief einer Berliner Studentin an den Bund

12.10.94.

Ich danke Ihnen für Ihren Brief wegen meines Antrags auf Mitgliedschaft im BRSD. Ich habe mich nach der Lektüre von CuS zu dem Eintritt entschieden, die Zeitung hatte ich mir bei einem Freund ausgeliehen. Mir haben die Themen gefallen und die Entschiedenheit der Texte. Ich habe die Zeitschrift in der U-Bahn gelesen – da setzte sich jemand zu mir und sprach mich an, ob sich das nicht ausschließt – Sozialismus und Christentum. Ich glaube, daß Christus eine herrschaftsfreie Gesellschaft wollte, wo jede/r Mensch sein kann und jede/r das hat, was sie oder er zum Leben braucht, wo Gerechtigkeit ist. Ich glaube, der Kapitalismus steht dem fundamental entgegen! Da ist Ausbeutung und Leistungsprinzip, und das produziert Unterdrückung. Ich selbst studiere noch Germanistik, nächstes Frühjahr werde ich abschließen. Angefangen habe ich das Studium, um eine Journalisten-Karriere zu machen. Inzwischen habe ich verstanden, wie wenig das wert ist und suche nach einem anderen Weg ... Als ich die CuS gelesen habe, habe ich mal wieder gemerkt, daß ich nicht alleine auf diesem Weg bin. Das macht Mut und da dachte ich, da trittst du ein! ...

P.S. Den Mann in der U-Bahn konnte ich sogar überzeugen. Er meinte, das wäre gut und er würde sich über diese kleinen Gruppen freuen, die würden das Leben erst bunt machen.

Ich hatte mir beide Bücher auf eine Fahrt in die Türkei mitgenommen. Und: dies sei den Leserinnen und Lesern vorab gesagt – ich habe es nicht bereut!

Karlheinz Lipp gibt einen guten Überblick über die Aktivitäten des Bundes der religiösen Sozialisten (BRSD) in der Friedensbewegung der Weimarer Republik. Er untersucht die Anfänge der religiös-sozialistischen Bewegung, die mit Fug und Recht als Kind des christlichen Pazifismus vor dem 1. Weltkrieg betrachtet werden kann. Lipp faßt hier die Ergebnisse zusammen, die bisher in verschiedenen Studien verstreut waren. Für die Zeit der Weimarer Republik stellt Lipp auch dem BRSD nahestehende Gruppierungen, wie die Berliner „Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerfrieden“ (VDF), die bremische Gruppe um Emil Felden und die sächsische Gruppe um Albrecht Gubalke vor. Beson-

ders wichtig auch für die heutige Diskussion erscheint mir das 7. Kapitel „Nächstenliebe und Klassenkampf: Die Gewaltfrage“ zu sein. Während heute über „Gewalt“ und „Gewaltfreiheit“ oftmals völlig ohne Beachtung der Kontexte diskutiert wird und auf beiden Seiten der moralische Rigorismus fröhliche Urständ feiert, fand im BRSD eine lange und intensive Debatte über die Positionen Gandhis und Tolstojs statt, die gleichzeitig mit den Positionen der revolutionären Arbeiterbewegung, für die die „Gewaltfrage“ häufig keine war, konfrontiert wurden. Diese Debatte hat Lipp sehr anschaulich nachgezeichnet. Am Beispiel Badens, der Pfalz und Thüringens wird der Kampf des BRSD gegen das militaristische Denken in den Landeskirchen geschildert.

Es ist Lipp gelungen aufzuzeigen, welchen hohen Stellenwert der Militarismus bei den

meisten Pfarrern der Weimarer Zeit einnahm. Dieser Militarismus war eine wichtige Voraussetzung für die hohe Anfälligkeit der Theologen für faschistisches Denken und für das spätere Bündnis der Kirche mit dem NS-Staat. Dieses Bündnis, das in die Katastrophe des Weltkrieges führte, wurde lange vor 1933 vom BRSD im Sinne eines antifaschistischen Widerstandes bekämpft. Hier hat die heutige christliche Friedensbewegung ihre (leider meistens unbekannt!) Wurzeln. Diese Wurzeln freigelegt zu haben, ist das wichtigste Verdienst von Lipp's Buch!



Beim Buch von Brassel und Leuenberger geht es nicht nur um die Wurzeln der schweizerischen Friedensbewegung. Der

1899 in Zürich geborene Willi Kobe erscheint mir eher im Bild des Baumes richtig dargestellt. Er hat an den Wurzeln des schweizerischen Pazifismus mitgewirkt, hat diesen über 60 Jahre an führender Stelle getragen und aufrechterhalten und durch diese Kontinuität durch eine jahrzehntelange Dürre hindurch die Voraussetzung für das Aufblühen der Friedensbewegung bis hin zur GSOA (Schweiz ohne Armee) geschaffen. Kobes Lebensgeschichte ist ungemäin reichhaltig, und es ist Ruedi Brassel und Martin Leuenberger zu danken, daß sie diesen Reichtum in all seinen Schattierungen den Leserinnen und Lesern erschließen. Grundlage für das Buch war ein 265 Seiten starkes Schreibmaschinenmanuskript, das Willi Kobe 1974 als Autobiographie für seine Kinder verfaßt hatte. Diesen Text haben Brassel/Leuenberger mit der Geschichte des schweizerischen religiösen Sozialismus und der Friedensbewegung verwoben. Kobe, gelernter kaufmännischer Angestellter, hatte bereits als Schüler durch seinen Religionslehrer Paul Trautvetter, den Kampfgefährten von Leonhard Ragaz, die Gedanken des religiösen Sozialismus kennengelernt. Kobe holt das Abitur nach, um Theologie studieren zu können. Sein Berufsziel ist Missionar. Im November 1918 beginnt er das Studium in Zürich und hört u.a. Vorlesungen bei Ragaz. Aber noch findet er keinen Anschluß an die Religiös-Sozialen. 1922 macht er Examen. Missionar wird er, aber nicht, wie ursprünglich geplant, in Afrika, sondern in der durchaus missionsbedürftigen Schweiz. Im Pfarramt, das er lange Zeit in Oerlikon, der Waffenschmiede der Schweiz, ausübte, gerät der Antimilitarist stets in Konflikt mit denjenigen, die aus der Bibel nur das „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ zitieren und die Bergpredigt ignorieren. Kobe ist in den 20er Jahren führendes Mitglied der auch in Deutschland vertretenen „Vereinigung antimilitaristischer Pfarrer“. 1946 wurde er als

Nachfolger des verstorbenen Ragaz Präsident (= Vorsitzender) der „Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit“, deren Funktion mit unserem „Koordinationsbüro der Friedensbewegung“ nur unzureichend zu vergleichen ist. In den 60er Jahren war Kobe maßgeblich an der Organisation der Schweizer Ostermärsche beteiligt. Auch für die Geschichte des Schweizer religiösen Sozialismus ist seine Biographie von großer Bedeutung. Hier wird fündig, wer die Gründe für die Spaltung der Schweizer RESO-Bewegung 1947/48 erfahren will. Ich habe vieles von dem, was ich gehört bzw. vermutet hatte, in seiner Darstellung „aus erster Hand“ wiedergefunden. 1969 wird Willi Kobe, der bis zu diesem Zeitpunkt nie formell Mitglied der religiös-sozialistischen Organisation gewesen war, Mitglied und gleich zum Vorsitzenden gewählt. Willi Kobe kommentiert dies so:

„Die Gruppe zählte damals noch etwa 60 Mitglieder. Die <Neuen Wege> hatten 150 feste Abonnenten. Junge Menschen ließen sich nicht mehr werben. So lautete demnach mein Präsidialauftrag: Begleite die Gruppe auf ihrem Sterbeweg. Das war mir ja nichts Neues.“

Kobe hat diese Rolle, Gott sei Dank, sehr schlecht ausgeübt, die <Neuen Wege> haben die Zahl der Abonnements vervielfachen, und der schweizerische religiöse Sozialismus hat sich verjüngen und konsolidieren können. Aber dafür waren auch Veränderungen nötig. Veränderungen, die dank Willi Kobe auch von den sog. Älteren mitgetragen wurden.

Anzumerken ist noch, daß dieses Buch auch optisch ein schönes Buch mit einem geschmackvollen Einband ist. 15 Fotos runden den Eindruck eines lesenswerten Buches ab. Selber lesen ist angesagt!

Der wahre Jacob

Ein halbes Jahrhundert in Faksimiles

hg. und eingeleitet von Udo Achten

DM 49,80, 264 Seiten, davon 32 Seiten farbig.

Verlag J.H.W.Dietz Nachfolger GmbH Bonn 1994

Am 4. März 1933 erschien die letzte Nummer des „Wahren Jacob“, ehe er von den Nazis verboten wurde. 55 Jahrgänge war er erschienen, mit kurzer Unterbrechung nur in den Inflationsjahren. Seine große Zeit lag in den Jahren des Sozialistengesetzes und unmittelbar vor 1914, wo er ebenso satirisch wie vergebens vor allem den Militarismus aufs Korn nahm.

Er war weit vor „Simplicissimus“, „Kladderadatsch“ und anderen mehr bürgerlichen, meist zuerst demokratisch-liberalen, mit der Zeit zunehmend angepaßten und nationaltreuen „Witzblättern“ das auf-lagenstärkste humoristisch-satirische Blatt

in Deutschland. 370.000 war die Spitzenauflage, und man darf damit rechnen, daß jede einzelne Nummer von einer nicht geringen Zahl von Menschen gelesen wurde: Ein Massenblatt also, zugleich wirkungsvollste Agitationsschrift der Sozialdemokratie. Für seinen Verleger Heinrich Dietz wirtschaftete es zeitweise das Geld wieder herein, das beim Vertrieb der theoriebeladenen Zeitschriften investiert werden mußte.

Der Herausgeber hat für den Nachfolge-Verlag nun in dem üblichen Großformat 264 Seiten mit den interessantesten Faksimiles aus fast allen Jahrgängen herausgebracht. Es sind politische, historische, aber

auch künstlerische Dokumente von einmaliger Art. Im Gegensatz zu den in bürgerlichen Häusern gesammelten Ausgaben etwa des „Simplicissimus“, die heute die großen Bibliotheken anreichern, ist vom „Wahren Jacob“ wenig an archivierbaren Exemplaren erhalten geblieben. Entsprechend gering ist auch die historische Forschungsarbeit, die durch diesen Faksimileband natürlich nicht ersetzt werden kann. Er bereitet vielmehr Lesevergnügen und wirft Licht auf Züge zeitgenössischer Mentalität, die vielleicht nur noch im Genre satirischer und humoristischer Blätter und Karikaturen nachweisbar sein dürften.

Dazu zählen für religiöse Sozialisten besonders interessante Texte (die Zeichnungen können hier ja nicht wiedergegeben werden), wie:

Es ist noch nicht Alles dagewesen, oder:
Wo Ben Akiba nicht Recht hat
Adam und Eva aus dem Paradies
Erzengel Gabriel hinaus einst stieß.
Der Römer, der Jerusalem verbrannte,
Zersfeut' das Judenvolk durch alle Lande.
Man trieb die Sozialisten aus Berlin;
Sie wußten zwar woher, doch nicht wohin.

Doch daß der Frieden häßt' den Krieg vertrieben,
Der Wunsch ist stets noch unerfüllt geblieben. (1879/80)

Und im Jahrgang 1889 unter der Überschrift „Einst und jetzt“ eine Jesus-Geschichte:

Ein Unsterblicher kam nach 1900 Jahren wieder auf die Welt, um die Wirkungen seiner Lehre zu erforschen.

Als er sah, wie es auf der Erde zuging, begann er dem Volk aufs Neue das Evangelium zu predigen von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.

Die Polizei verhaftet ihn wegen Legitimationslosigkeit und Störung des allgemeinen Friedens. Unter Aufwendung einer starken Staatsgewalt bringen sie den gefährlichen Mann ins Gefängniß.

Vor die Richter geführt, nennt er seinen wahren Namen, worauf er wegen groben Unfugs und staatsgefährlicher Umtriebe zu einer jahrelangen Gefängnisstrafe verurteilt wird.

Im Gefängniß kommt er zu der Überzeugung, daß sich nach Verlauf von 1900 Jahren in der Welt nichts geändert hat.



**Unser
Kommentar
zum
Umweltgipfel**

ASYL / «INNERE SICHERHEIT»

Drogen, «Organisierte
Kriminalität», «Terrorismus»

«Festung Europa», die Rolle Deutschlands und der Schweiz. Ein Handbuch über die Kehrseite von «Europa der offenen Grenzen»: Abschottung gegen aussen und Überwachung im Innern. Mit vielen anschaulichen Beispielen aus Deutschland und der Schweiz, aber auch allen übrigen europäischen Ländern von Irland bis zur Ukraine, von Schweden bis Griechenland sowie dem Maghreb. Mit zahlreichen Bildern und Faksimiles von bisher unveröffentlichten Dokumenten, vielfach aus dem Bundesinnenministerium. Kapitelweise zu lesen oder in einem Zug, unterstützt von ausführlichen Registern (Sachregister mit über 1500 Stichwörtern, ausführliche Namens- und Länderregister).



Bestellung durch Direktzahlung auf Postkonto 3038 57-758 (Bankleitzahl 660 100 75) Postgiroamt Karlsruhe (für: Leuthardt Festung Europa, Basel) oder mit untenstehendem Talon

Ich bestelle / wir bestellen:

_____ Exemplare «FESTUNG EUROPA» von Beat Leuthardt zum Preis von DM 43.- (+ 3.-)

Name, Vorname _____

Postanschrift der Organisation _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Talon einsenden an: Medienbüro, Leuthardt, Postfach 1526, 79550 Weil am Rhein 1

Wir über uns:

Informationen für neue Leserinnen und Leser

Der Bund der religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands (BRSD) besteht seit 1919. Die in der Weimarer Republik zahlenmäßig wie qualitativ bedeutende religiös-sozialistische Organisation wurde 1933 verboten, viele ihrer Mitglieder starben durch den Faschismus. Nach 1945 entstand der BRSD neu, wurde aber im kalten Krieg zwischen den Machtblöcken zerrieben. In den 70er Jahren war nur ein kleiner Rest übriggeblieben, der zusammen mit Christinnen und Christen aus der Studentenbewegung den Bund neu aufbaute.

Heute sind wir eine kleine, aber lebendige Gruppierung, die ihre Aufgabe darin sieht, in Kirche und Gesellschaft die Interessen der Unterprivilegierten bei uns und in der Welt zur Sprache zu bringen, die Ursachen von Armut, Verelendung und ökologischer Krise zu benennen und für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft zu arbeiten. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaftsordnung, in der die Menschen im Mittelpunkt stehen. Richtschnur dieser Praxis ist für uns das Evangelium und das verheißene Reich Gottes. Die Bibel spricht von dem Gott, der aus Unterdrückung und Ausbeutung befreit, der Unrecht anprangert und Gerechtigkeit will, der »die Mächtigen vom Thron stößt und die Erniedrigten aufrichtet«. Jesus von Nazareth hat das »Reich Gottes« für diese Erde verkündet.

Wir sind keine Partei und keine Sekte, auch keine neue Kirche oder Therapiegruppe. Wir gehen auch nicht davon aus, daß wir im Besitz der alleinigen Wahrheit sind. Wir sind ein Zusammenschluß von Menschen verschiedener Berufe, TheologInnen, Intellektuelle aller Sparten und auch Angestellte, ArbeiterInnen, StudentInnen usw. Wer Karriere machen will, ist bei uns falsch. Auch bezahlt wird bei uns niemand.

Wer mit uns der Meinung ist

- daß das Ende des »realen Sozialismus« nicht das Ende der Geschichte ist
- daß Gottes Reich auch eine Verheißung für diese Erde ist (»Wir harren eines neuen Himmels und einer neuen Erde«)
- daß die beste (aber nicht einzige!) Form der Solidarität mit den Armen dieser Welt der Kampf um Veränderungen in den kapitalistischen Zentren ist
- daß ChristInnen zu dieser Befreiung mehr beizutragen haben als ein mehr oder weniger frommes Gemüt
- daß es nicht genügt, Basisgemeinden in Brasilien schicken zu finden, aber sich in der BRD vor einer Organisation zu hüten

Wer mit anderen zusammen Antworten suchen und zusammenarbeiten will, die/den laden wir ein, sich mit uns zusammen auf den Weg zu machen. Jedes Abo und jede Mitgliedschaft/Mitarbeit stärkt uns und unsere Arbeit.



Autorinnen und Autoren

Olivia Alvarez Alvarado ist Leiterin des Frauensekretariats der LehrerInnen-Gewerkschaft ANDEN in Matagalpa/Nicaragua

Ernesto Cardenal war sandinistischer Kulturminister und ist katholischer Priester

Udo Fleige ist Lehrer in Tübingen und Bundessekretär des BRSD.

Erhard Griese ist Gemeindepfarrer in Düsseldorf und Redaktionsmitglied von CuS

Manfred Hauste ist emittierter Professor für ev. Theologie und Mitarbeiter der „Initiative Christliche Linke“ in Leipzig

Christa Peter ist Religionslehrerin in Berlin und Redaktionsmitglied von CuS

Ulrich Peter ist Berufsschulkatechet in Berlin und Bundessprecher des BRSD

Wulf Schade ist Slawist und Politologe und Mitglied der Deutsch-polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland. Er lebt in Bochum.

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte.** Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, dafür aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für Leser/innenbriefe. Wer regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Technik: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir keine Zeit für das Übertragen von Manuskripten auf Diskette. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden

– Am liebsten in Word oder winword auf einer 3½-Zoll-Diskette, wobei der Text unformatiert sein sollte. Auch andere Textprogramme (z.B. wordperfect, works), soweit sie IBM-kompatibel sind, können wir verarbeiten

– Sollte kein PC zur Verfügung stehen, erbitten wir eine saubere Schreibmaschinenfassung auf weißem Papier, damit wir den Text einscannen können. Für uns würde dies eine erhebliche Arbeiterleichterung bedeuten!

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt!

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

**Abonnement
und Retour:**BRSD
Postfach 2521
72015 TübingenStreifbandzeitung
Gebühr bezahlt
F 4637 F**Helmut Gollwitzer****Warum bin ich als Christ Sozialist? – Thesen – (Auszüge)****Warum wird ein Mensch Sozialist?**

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, daß gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille.